

ENTWICKLUNGSBANK
AIIB-Anteilseigner
müssen für mehr
Transparenz sorgen

DEMOGRAFIE
Afrika könnte von
vielen Erwerbstägigen
profitieren

COVID-19
Impfungen müssen
allen Menschen zur
Verfügung stehen



Gesunde Ernährung

SCHWERPUNKT

Gesunde Ernährung

Akuter Hunger

In Simbabwe fragen sich immer mehr Menschen, nicht was, sondern ob sie am nächsten Tag überhaupt essen werden. Der Journalist Jeffrey Moyo beschreibt die Lage.

SEITE 14

Mehr nötig als nur genug Mais

In Sambia ist Mais das wichtigste Agrarprodukt und Grundnahrungsmittel und wird stark subventioniert. Die Regierung will Anbau und Ernährung nun vielfältiger gestalten, berichtet der Journalist Derrick Silimina. Doch in einer Kultur, in der Mais synonym für Mahlzeit steht, könnte es schwierig werden, die Menschen davon zu überzeugen. Im Nachbarland Malawi setzt sich die zivilgesellschaftliche Organisation Slow Food für gesunde, traditionelle Nahrungsmittel ein. Der Anbau der entsprechenden Pflanzen ist zudem ökonomisch und ökologisch sinnvoll, wie der Journalist Rabson Kondowe darlegt.

SEITEN 15, 17

Wie in biblischen Zeiten

Ostafrika droht schon wieder die nächste Heuschreckenplage. Die Region ist seit dem Winter 2019/2020 heftig betroffen. Mahwish Gul, Beraterin für Entwicklungsmanagement, berichtet für E+Z/D+C aus Kenia.

SEITE 19

Die Mischung macht's

Gute Ernährung ist die Grundlage für ein gesundes und aktives Leben. Aber drei Milliarden Menschen weltweit fehlt diese Basis. Nicht nur Hunger ist ein Problem, sondern auch Mangel- und Fehlernährung. Simone Welte von der Welthungerhilfe erläutert, was gesunde Ernährung ausmacht.

SEITE 20

Unverantwortliche Konzerne

Lebensmittelkonzerne tragen systematisch dazu bei, gesunde Ernährung zu unterlaufen. Problematisch ist nicht nur die aggressive Vermarktung von Limonade und Fertiggerichten. Sarah Schneider und Armin Paasch von Misereor beleuchten die weltweite Situation.

SEITE 22

Anlass zur Sorge

Ein wachsender Anteil der brasilianischen Bevölkerung ist fettleibig. Gesündere Ernährung würde helfen – aber Lebensgewohnheiten lassen sich nicht leicht ändern, weiß die Journalistin Thuany Rodrigues.

SEITE 25

Monitor

Online-Diaspora-Plattform für neue Jobs in Afrika | Wie imperiale Vergangenheit aktuelle Weltbilder prägt | Heutzutage: Von Sambias neuem Biohonig-Sektor profitieren hauptsächlich chinesische Firmen | Impressum

4

Debatte

Kommentare zu mangelnden Transparenzregeln der AIIB und zum Ausbau der Stromversorgung mit erneuerbarer Energie in Chile | Leserbriefe

7

Tribüne

JAKKIE CILLIERS

Unter welchen Umständen Afrika ab 2050 von einer „demografischen Dividende“ profitieren würde

10

JÖRG SCHAABER

Impfungen sind wesentlich im Kampf gegen Infektionskrankheiten wie Covid-19

11

Schwerpunkt: Gesunde Ernährung

JEFFREY MOYO

Wirtschaftskrise in Simbabwe macht Nahrungsversorgung immer unsicherer

14

DERRICK SILIMINA

Sambier essen zu einseitig

15

RABSON KONDOWE

Slow Food setzt sich in Malawi für gesunde, traditionelle Nahrungsmittel ein

17

MAHWISH GUL

Ostafrika droht die nächste Heuschreckenplage – und Hunger

19

SIMONE WELTE

Politischer Wille und Aufklärung sind die Basis für gesunde Ernährung

20

SARAH SCHNEIDER UND ARMIN PAASCH

Lebensmittelkonzerne fördern mit aggressiver Werbung Fehlernährung und behindern sachgerechte Verbraucheraufklärung

22

THUANY RODRIGUES

Zu viele Brasilianer sind fettleibig – gesündere Essgewohnheiten würden helfen

25

SABINE BALK, HANS DEMBOWSKI

Fachliteratur zu „verborgenem Hunger“ sowie global wachsender Armut

27

Covid-19-Tagebuch

Zwei indische Adivasi-Dörfer trotzen dem Virus | Verfassungsreferendum in Chile inmitten von Coronavirus-Beschränkungen | Corona-Fake-News verbreiten sich im arabischen Raum | NGO in Simbabwe stellt Slumbewohnern Handwaschstationen zur Verfügung

30

Aufklärung tut not

Unsere Ernährung ist scheinbar das einfachste Thema der Welt: Wir wissen, wann wir Hunger haben und was uns schmeckt. Doch das Thema ist komplex. Zum einen schmecken Deutschen andere Gerichte als Indern oder Kenianern. Außerdem sind wir genetisch so programmiert, dass Süßes und Fettes gut schmeckt, obwohl zu viel davon ungesund ist – für Jäger und Sammler war das ein Anreiz, mühsamer zu bekommende Nahrung wie Fleisch mit wertvollen tierischen Proteinen oder vitaminreiches Obst zu gewinnen. Heute schafft überzogener Zucker- aber auch Fleischkonsum vielfältige Probleme.

Weiterhin steht vielen Menschen auf der Erde weder zur Verfügung, was ihnen schmeckt, noch, was sie zu einem gesunden Leben brauchten. Laut Weltbank-Schätzung steigt dieses Jahr allein wegen der Covid-19-Krise die Zahl der extrem Armen weltweit um 100 Millionen. Zusätzlich sorgt die Klimakrise für wachsende Not.

Andererseits löst wachsender Wohlstand nicht alle Probleme. Ungesunde Lebensmittel sind sehr beliebt, und dabei geht es nicht nur um Weißbrot und Süßigkeiten. Hochverarbeitete Fertigprodukte sind mittlerweile auch in den Städten von Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen erhältlich. Wegen hoher Zucker-, Fett- und Salzhaltigkeit sowie diverser künstlicher Aromastoffe schmecken sie vielen Menschen gut und verdrängen gesündere Nahrung wie Gemüse, Obst und Vollkorngetreide.

Weltweit nimmt denn auch die Zahl dicker Menschen zu – von denen viele dennoch an „verborgenem Hunger“ leiden. Ihnen fehlen wichtige Mikronährstoffe: Vitamine, Minerale, Spurenelemente und einige Aminosäuren, die in verschiedenen natürlichen Lebensmitteln zu finden sind. Zu den gravierenden Folgen gehören erhöhte Mütter- und Kindersterblichkeit sowie mentale und körperliche Entwicklungsstörungen. Fehlernährung trägt auch zu nichtübertragbaren Krankheiten wie Diabetes, Bluthochdruck oder Krebs bei.

Mehr Aufklärung wäre in allen Weltregionen wertvoll. Auch in reichen Ländern wissen viele Menschen nicht, dass Fehlernährung trotz Essen im Überfluss möglich ist. Die Lebensmittelindustrie verdient mit industriell gefertigten Lebensmitteln Milliarden und bewirbt diese aggressiv. Viele Verbraucher ahnen nicht, dass Lebensmittel aus der Packung uns nicht mit genügend Nährstoffen versorgen. Konzerne wie Nestlé, Coca-Cola oder Unilever gaukeln etwas anderes vor – und sie stemmen sich gegen die Kennzeichnung oder gar die Besteuerung ungesunder Inhaltsstoffe wie Zucker oder gehärtete Fette.

Einkommensschwachen Verbrauchern erscheinen derweil gesunde Lebensmittel wie Gemüse, Obst, Vollkorngetreide und Milchprodukte kaum erschwinglich. Hohe Preise haben viele Gründe. Auf Flächen, wo gesunde vegetarische Nahrung für Massen von Menschen wachsen könnte, werden Futtermittel angebaut, die in die Fleischproduktion gehen. Auch Lebensmittelspekulation oder fehlgeleitete Agrarsubventionen sind relevant. Zudem machen Landwirten immer mehr vom Klimawandel verstärkte Dürren und Fluten zu schaffen.

Das größte Einzelproblem ist vermutlich übertriebener Fleischkonsum. Er ist individuell und gesellschaftlich ungesund. Die Massentierhaltung ist energie- und rohstoffintensiv und heizt mithin die globale Erwärmung mit an. Weltweit ahmen Menschen das destruktive Konsumverhalten Europas und Nordamerikas nach. Das kann nicht gut gehen. Die gesunde Alternative ist mehr vitaminreiche, vegetarische Kost aus regionaler Erzeugung.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



SABINE BALK
ist Redakteurin von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit/D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Debatte



Zu viele Schlupflöcher

Die Asian Infrastructure Investment Bank, kurz AIIB, ist eine von China initiierte Entwicklungsbank, die schon 2021 der wichtigste Kreditgeber für große Infrastrukturprojekte sein will. Problematisch ist aber, dass ihre Transparenzregeln zu vage sind und keine klaren Fristen haben, bemängeln Korinna Horta von der Universität Lissabon und Wawa Wang von der dänischen NGO Vedvarende Energi.

SEITE 7

Tribüne



Afrika voranbringen

Afrika könnte von einer „demografischen Dividende“ profitieren – also aus dem steigenden Anteil der Erwerbsfähigen einen wirtschaftlichen Nutzen ziehen. Dies wäre aber nur ein erster Schritt für bessere Einkommen, meint Jakkie Cilliers, der Gründer des Institute for Security Studies in Pretoria. Entwicklungsmassnahmen, Technologie und Infrastruktur sind genauso nötig.

SEITE 10

Nicht nur Krümel für Afrika!

Noch gibt es keinen Impfstoff gegen Covid-19. UN, WHO und viele Staatschefs versprechen, dass alle Länder Zugang zu Impfungen bekommen, wenn sie zugelassen sind. Doch ob das wirklich so umgesetzt wird, bezweifelt Jörg Schaaber von der BUKO Pharma-Kampagne.

SEITE 11

UNTERNEHMENSFÖRDERUNG

„Es mangelt nicht an Ideen, sondern an Geld“

Seit Jahren denkt die Entwicklungspolitik darüber nach, wie Rücküberweisungen von Migranten in ihre Heimatländer für eine nachhaltige Entwicklung genutzt werden können. Nun gibt es eine neue Online-Plattform, die es für die afrikanische Diaspora in Deutschland attraktiv macht, Klein- und Kleinstunternehmen in Afrika finanziell zu unterstützen, da der deutsche Staat ihre Mittel aufstockt. So soll mehr Geld in Investitionen und weniger in den Konsum fließen.

Von Sabine Balk

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat die Plattform WIDU.africa zusammen mit der GIZ entwickelt und dabei von Anfang an die Diaspora miteinbezogen, lobt der Geschäftsführer des Berliner Kulturvereins „Afrika Medien Zentrum“, Hervé Tcheumeleu. Er selbst habe bereits von der Plattform profitiert. „Meine Tante in Kamerun wollte Eis verkaufen und brauchte dafür etwa 1000 Euro für einen Verkaufsstand. So viel Geld hatte sie aber nicht.“ Er habe ihr 250 Euro dafür gegeben, 250 Euro musste sie selbst aufbringen. Den Rest hat die deutsche Regierung draufgelegt.

Dies entspricht dem Konzept von WIDU.africa. Die geförderten Unternehmern in Afrika müssen selbst genauso viel Geld wie der Diaspora-Förderer einbringen. Das ist den Projektverantwortlichen wichtig, damit die Partnerschaft auf Augenhöhe stattfindet. „Durch die Investition des gleichen Betrags sind die Partner gleichberechtigt“, heißt es auf der WIDU-Plattform. Gefördert werden bislang nur Unternehmen aus Ghana und Kamerun. Dabei bezahlt der Diaspora-Partner ein Viertel und der Unternehmer ebenfalls. Die Summe daraus legt der Staat noch mal drauf – es gibt einen maximalen staatlichen Zuschuss von 2500 Euro pro Projekt, weil die höchste Fördersumme 5000 Euro beträgt.

Seit Ende 2019 ist die Plattform online. Nach Angaben des WIDU-Programmleiters Wolfram Zunzer von der GIZ haben sich seitdem über 2000 Projekte registriert, von rund 650 in Ghana und Kamerun bereits umgesetzt werden. Damit können 3 Millionen Euro private und öffentliche Gelder mobilisiert werden. Nach der Pilotphase, die im Mai 2020 beendet wurde, läuft das Projekt nun auch in anderen afrikanischen Ländern an. Noch dieses Jahr folgen Kenia, Togo und Äthiopien, weitere kommen 2021 hinzu.

Das Besondere an der Plattform ist, dass damit Unternehmer im informellen Sektor gefördert werden, die in den meisten Ländern Subsahara-Afrikas bis zu 90 Prozent des Arbeitsmarktes ausmachen. Zunzer erwartet, dass bis zum Ende der Projektlaufzeit Ende nächsten Jahres über 6000 Jobs geschaffen und über 8 Millionen Euro mobilisiert werden.

Von WIDU geförderte Unternehmerinnen und Unternehmer bekommen aber nicht nur Geld aus Deutschland, sondern sie erhalten auch ein individuelles Business-Coaching vor Ort. Dafür werden lokale Coaching-Organisationen gewonnen.

Hervé Tcheumeleu ist vom Konzept von WIDU.africa überzeugt – sein Verein half wie andere Diaspora-Organisationen auch an der Entwicklung der Plattform mit. So seien die Bedürfnisse der Betroffenen wirklich aufgenommen worden. WIDU.africa sei ein neuer Weg in der Entwicklungszusammenarbeit und schaffe nachhaltige Unternehmen. Diese seien nicht von Verwandten und Bekannten in der Diaspora geschaffen, sondern von den Unternehmern selbst vor Ort. Und das ist gut so, findet Tcheumeleu: „Denn in Afrika mangelt es nicht an Ideen, es mangelt an Geld.“ Da könne die Diaspora helfen.

Der digitale Ansatz ermöglicht es, schnell zu reagieren. So rief WIDU bereits kurz nach Ausbruch der Corona-Pandemie im März 2020 ein zusätzliches Förderprogramm ins Leben. Damit sollen gezielt die Kleinunternehmen gefördert werden, die mit ihren geschäftlichen Tätigkeiten einen Teil zur Bewältigung der Krise beitragen. Dafür wurde der Coachingprozess angepasst, um auch in Zeiten von Lockdowns tätig sein und Auszahlungen zeitgerecht vornehmen zu können. Hier gab es eine beachtliche Nachfrage: Derzeit befinden sich 160 Projekte in der Umsetzung.

Auch die bestehenden Projekte erhielten Corona-Hilfe: Zusätzlich zum regulären WIDU-Zuschuss gab es weitere 250 Euro für jedes Unternehmen. Dieses Geld können die Betroffenen zur Deckung ihrer Lebenshaltungskosten oder laufender Geschäftskosten, zur Einhaltung von Hygienemaßnahmen oder zur Existenzsicherung in der Krise nutzen.

LINK

WIDU.africa:

<https://wudu.africa/de>



Verschiedene Perspektiven

In seinem aktuellen Buch „The Great Imperial Hangover“ geht Samir Puri wichtigen Fragen nach. Seine Kernthese ist, dass die Imperien der Vergangenheit die heutige Welt hervorgebracht haben und dass entsprechend Weltsichten heutiger Menschen von der historischen Erfahrung ihrer jeweiligen Länder geprägt sind.

Von Hans Dembowski

Europäer und Nordamerikaner denken oft, dass sie die Geschichte kennen. Leider haben viele von uns aber kaum Vorstellungen davon, wie Asiaten oder Afrikaner den Kolonialismus erlebt haben. Oft ist sogar unser Wissen über europäische Imperialmächte recht begrenzt. Vermutlich fehlen solche Kenntnisse sogar vielen Spitzopolitikern.

Puris Buch ist ein guter Einstieg für alle, die mehr lernen wollen. In acht Kapiteln untersucht er, wie die Welt heute in den USA, dem britischen Königreich, der EU, Russland, China, Indien, dem Nahen Osten und Afrika gesehen wird. Unterschiedliche Perspektiven bedeuten, dass Menschenrechte oder Freihandel nicht einheitlich bewertet werden.

Die Opiumkriege des 19. Jahrhunderts sind ein gutes Beispiel. Westliche Imperialmächte zwangen China, Opium zu importieren, das sie in asiatischen Kolonien anbauen ließen. Massenhafte Drogenabhängigkeit in China war für sie ein gutes Geschäft. Die Plantagenarbeiter, welche Mohn anbauten, blieben derweil arm. Briten und andere Kolonialmächte sprachen von „Freihandel“ (siehe auch meinen Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2018/12), und dieses Wort hat aus nachvollziehbaren Gründen bis heute weder in Indien noch in China einen guten Klang.

Die Opiumkriege führten auch zu dem, was chinesische Spitzopolitiker heute das „Jahrhundert der Demütigungen“ nennen. Es gab zwar noch einen Kaiser in Peking, aber seine Bedeutung war begrenzt. Das riesige Reich zersplitterte, es gab diverse Machtzentren und die Kolonialmächte mischten eifrig in chinesischen

Konflikten mit. In der mehr als 2000-jährigen Geschichte sorgten Bürgerkriege und politische Instabilität für die schwierigsten Phasen. So verfestigte sich die Einschätzung, nur eine starke Zentralgewalt biete Schutz vor Chaos und Anarchie. Das kommunistische Regime nutzt dieses Narrativ heute geschickt, um seine autoritäre Herrschaft zu legitimieren.

Kenntnisse vergangener Imperien helfen, auch andere Weltregionen zu verstehen. Mohammed begründete im siebten Jahrhundert den Islam, und Araber eroberten sehr schnell den Nahen Osten, Nordafrika und

Saudi-Arabien haben damit viel zu tun. Puri führt überzeugend aus, dass der europäische Imperialismus zu aktuellen Problemen in Nordafrika und dem Nahen Osten beigetragen hat, zur Erklärung heutiger Konflikte und Spannungen aber nicht ausreicht.

Puris Eltern stammen aus Südasien, er hat für das britische Außenministerium gearbeitet und lehrt nun an der Johns Hopkins University in den USA. Selbstverständlich werden seinen kurzen Kapitel von rund 30 Seiten der komplexen Geschichte ganzer Weltregionen nicht völlig gerecht. Sie taugen aber als Einstieg. Leser werden vermutlich die Kapitel am interessantesten finden, welche die Weltgegenden behandeln, in denen sie sich am wenigsten auskennen.

Das schwächste Kapitel behandelt Subsahara-Afrika, was sicherlich damit zu tun hat, dass es dort Dokumente meist erst seit der Kolonialzeit gibt. Diese Weltregion



Dieses Denkmal im Großraum Guangzhou erinnert an die Opiumkriege.

Teile Spaniens. Schon bald erlitt die neue Weltreligion aber eine Spaltung, denn Sunnitnen und Schiiten konnten sich nicht darauf einigen, wer der Nachfolger des Propheten sein sollte. Das arabische Imperium zerfiel, aber Städte wie Tunis, Kairo, Damaskus und Bagdad blieben wichtige Machtzentren.

Puri schildert, wie das Schisma später die Beziehungen zwischen den großen Reichen der sunnitischen Ottomanen und der schiitischen Safawiden – den Vorgängern der Türkei und Irans – prägte. Auch die aktuellen Spannungen zwischen Iran und

ist in viele souveräne Staaten fragmentiert, deren Bevölkerung meist klein, aber in viele Sprachen und Kulturen geteilt ist. Die Bindung an die ehemalige Kolonialmacht, deren Amtssprache weiterhin verwendet wird, ist tendenziell weiterhin stark. Ein weitere Schwäche ist, dass Puri sich auf Lateinamerika gar nicht einlässt.

BUCH

Samir Puri, 2020: The Great Imperial Hangover – How Empires Have Shaped the World. London, Atlantic Books.

Ärger über Exklusivabkommen

Sambia ist dabei, sich einen internationalen Markt für Bio-Honig aufzubauen, und schafft damit eine süße Alternative zu seiner Abhängigkeit vom volatilen Kupferhandel. Der Honig wird in den Wäldern im Nordwesten des Landes produziert. Die Anfänge waren bescheiden, doch mittlerweile erzeugen die Produzenten etwa 2500 Tonnen Honig pro Jahr und beschäftigen über 30 000 Menschen. Der größte Teil dieser Produktion wird exportiert und bringt wichtige Devisen ein.

Aber diese Erfolgsgeschichte hat einen Haken. Im Rahmen eines Honigexport-Abkommens, das zwischen Sambia und China im Jahr 2018 vereinbart wurde, erhielt Mpundu Wild Honey, ein chinesisches Unternehmen mit Sitz in Zentral-sambia, die Exklusivrechte für den Export von sambischem Honig nach China.

Diese Vereinbarung liegt den sambischen Honigproduzenten nun schwer im Magen. Sambische Imker und Honighändler beklagen, dass das Abkommen ihnen den direkten Zugang zum lukrativen chinesischen Markt verwehrt. Einer der betroffenen lokalen Produzenten ist Miombo Honey, der rohen Bio-Honig und Wachs von Bienenzüchtern in den Miombo-Wäldern in Zentral-sambia kauft und verarbeitet. Das Unternehmen sieht ein großes Marktpotenzial in Fernost. Doch Miombo-Honey-Gründer Aaron Kantumoya erklärt, dass die Exklusivrechte für Mpundu die Exporte nicht nur nach China, sondern in den gesamten asiatischen Markt verwehren.

„Was hier geschieht, ist nicht fair“, beklagt Kantumoya. „Einige chinesische

Honigfirmen beziehen unser lokales Produkt zu geringeren Exportpreisen als eigentlich nach China üblich. Benjamin Kalima, ein Bienenzüchter im Bezirk Solwezi im Nordwesten Sambias, sagt, dass die wachsende asiatische Nachfrage nach Bio-Honig zum Aufbau der sambischen Wirtschaft beitragen könnte – wenn der Honighandel auf der Grundlage des freien Wettbewerbs betrieben würde.

„Bestimmte Käufer, vor allem aus China, beuten uns immer aus“, sagt Kalima. „Sie kommen hierher und bieten uns einen sehr niedrigen Marktpreis von 70 Kwacha (etwa 3,30 Euro) für 2,5-Liter Honig, und wir haben keine andere Wahl, als ihnen zu diesem Preis zu verkaufen, denn wir brauchen ein Einkommen für unsere Familien.“

Ein 2,5-Liter-Behälter Honig wiegt 3,6 Kilo, so dass der von Kalima genannte Preis etwa 0,91 Euro pro Kilo beträgt. Im Gegensatz dazu liegt der Großhandelspreis auf dem sambischen Markt zwischen 50 und 80 Kwacha (2,30 – 3,70 Euro) pro Kilo. Auf den internationalen Märkten wird Honig laut dem National Honey Board, einer in den USA ansässigen Branchenvereinigung, zu Großhandelspreisen von etwa 4,70 Euro pro Kilo gehandelt. Die Differenz zwischen dem lokalen sambischen und dem internationalen Preis zeigt, wie lukrativ Ausfuhren für sambische Honigproduzenten sein könnten.

Mpundu Wild Honey, das Unternehmen, das über exklusive Exportrechte für den chinesischen Markt verfügt, sieht ebenfalls großes Marktpotenzial. Zhang Zhanping, Direktor von Mpundu Wild Honey, sagt, dass sein Unternehmen plant, die Produktion von derzeit 3,4 Tonnen jährlich zu steigern, indem es neue Imker in sein Versorgungsnetz aufnimmt. „Der Export von sambischem Honig nach China wird die Wirtschaft beider Länder durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und den internationalen Handel verbessern“, meint Zhang Zhanping.

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

61. Jg. 2020

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7257

Dieses e-Paper wurde am 30.10.2020 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Tulpenfeld 7

D-53113 Bonn

Tel. (0 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH

Geschäftsführer: Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Dagmar Wolf (Assistenz)

Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk, Katja Dombrowski,

Aviva Freudmann, Monika Hellstern (Social Media),

Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung),

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH

c/o inTime Media Services GmbH

Postfach 1363

D-82034 Daisenhausen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabo Inland: 14,00 €,
Jahresabo Inland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



DERRICK SILIMINA
ist freiberuflicher Journalist
in Lusaka, Sambia. Seine
Themen sind
Landwirtschaft und
Nachhaltigkeit.
derricksilimina@gmail.com

MULTILATERALE ENTWICKLUNGSBANK

Zu viele Schlupflöcher

Die Transparenzregeln der AIIB sind zu vage und haben keine klaren Fristen. Weitgehend entscheidet das Spitzenmanagement allein darüber, was die Öffentlichkeit über soziale und ökologische Risiken von AIIB-Projekten erfährt.

Von Korinna Horta und Wawa Wang

Die AIIB (Asian Infrastructure Investment Bank) ist in Rekordzeit zum weltweit bedeutenden Akteur geworden. Mit Sitz in Peking nahm sie 2016 die Arbeit auf und will schon 2021 der wichtigste Kreditgeber für große Infrastrukturprojekte überhaupt sein. Sie entstand auf chinesische Initiative hin, ihr Präsident Jin Liqun ist von der chinesischen Regierung ernannt, und die Volksrepublik ist der größte Anteilseigner. Europäische und andere Regierungen traten ihr gegen den erklärten Wunsch von US-Präsident Barack Obama bei und sagten, sie würden sich für beste internationale Praxis in Hinblick auf Transparenz- und andere Standards einsetzen.

Das haben sie bisher nicht erreicht. Das sogenannte „Accountability Framework“ der Bank gibt ihrem Präsidenten weitreichende Vollmachten, die Finanzierung von Projekten im Alleingang zu entscheiden.

Anfangs kofinanzierte die AIIB meist Projekte mit anderen internationalen Finanzinstitutionen (IFIs). Mittlerweile baut sie aber ein eigenes Portfolio auf, das sich nicht auf Asien begrenzen soll, sondern auch Projekte in Afrika, Lateinamerika und Europa vorsieht.

Was Transparenz angeht, klingt der Wortlaut der AIIB-Richtlinien wie der bei anderen Banken. Bei näherem Hinsehen fehlt die nötige Substanz, was etwa Veröffentlichungsfristen für Umweltprüfungen betrifft. Wegen Schlupflöchern in der „Public Policy on Information“ (PPI) entscheidet letztlich der AIIB-Präsident, was die Öffentlichkeit erfährt. Ausnahmeregeln ermöglichen zudem Vertagung.

Auch die Transparenzregeln des „Environmental and Social Framework“ (ESF), der multilateralen Institution sind unzurei-

chend. Es enthält keine Fristen dafür, wann die Bank und ihre Kunden öffentlich über einschlägige Risiken berichten müssen. Die entsprechenden Paragrafen verlangen die Publikationen nur „zeitgerecht“ beziehungsweise „sobald wie möglich“. Dabei ist Aufschub unbegrenzt erlaubt, sollten Informationen das Marktgeschehen beeinflussen können – zum Beispiel, weil ein Privatunternehmen betroffen ist. Kommerzielle Firmeninteressen übertrumpfen also das öffentliche Interesse.

Europäische Anteilseigner fordern klarere Regeln. Leider enthält der im September 2020 veröffentlichte Entwurf für die ESF-Reform, die nächstes Jahr beschlossen werden soll, solche Regeln nicht.

Es gibt zwar wichtige neue Klauseln im ESF-Entwurf. Sie betreffen beispielsweise die Fälle, in denen die AIIB ihre eigenen Sozial- und Ökostandards durch die entsprechenden Regeln eines Kunden ersetzt oder in denen sie mit privatwirtschaftlichen Finanzinstituten kooperiert oder in diese investiert. Allerdings gibt es abermals viele Schlupflöcher, die Transparenzpflichten bleiben vage und Fristen werden nicht definiert.

Selbst wenn solch ein Finanzpartner hochriskante Projekte mit AIIB-Förderung unterstützt, besteht keine spezifische Informationspflicht zu Sozial- und Ökofragen. Verlangt wird dafür nur ein Jahresbericht über ein-

schlägige Dokumente – und auch diese Pflicht kann wegen Einschränkungen oder Bedenken von Finanzpartnern ausgesetzt werden.

Während die Klimakrise eskaliert und die Artenvielfalt schwindet, schrumpft vielerorts der Spielraum für zivilgesellschaftlichen Aktivismus. In China werden Stimmen zum Schweigen gebracht, die sich für die Menschenrechte oder auch nur eine kluge Gesundheitspolitik aussprechen.

Für multilaterale Entwicklungsbanken muss Rechenschaftspflicht herrschen. Große Infrastrukturprojekte sind immer hochriskant. Wenn der neue ESF-Entwurf nicht grundsätzlich revidiert wird, verpassen die Anteilseigner eine wichtige Chance, transparente Kreditvergabe, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit zu fördern.

Es geht dabei nicht nur um die AIIB selbst. Es besteht die Gefahr, dass andere multilaterale Banken ihre eigenen Umwelt- und Sozialstandards im Wettbewerb mit ihr schwächen. Sie suchen schließlich dieselbe Art von Investitionschancen.



KORINNA HORTA
ist unabhängige
Wissenschaftlerin und
resident scholar der
Universität Lissabon.

korinna.horta@gmail.com



WAWA WANG
arbeitet für VedvarendeEnergi,
eine zivilgesellschaftliche
Organisation in Dänemark,
die sich mit Energie- und
Umweltfragen beschäftigt.
ww@ve.dk



**AIIB-Präsident
Jin Liqun.**

CHILE

Energiewende ohne Subventionen

Chile baut seine Stromversorgung auf erneuerbare Energien um, steigt aus der Kohle aus und setzt auf grünen Wasserstoff für eine CO₂-neutrale Wirtschaft bis 2050. Damit kann es anderen Schwellenländern als Vorbild dienen.

Von Rainer Schröer

Noch bis vor etwa 15 Jahren hing die Stromversorgung Chiles größtenteils von Gasimporten aus Argentinien ab. Diese endeten 2007 unvermittelt aufgrund der Versorgungskrise in Argentinien. Um die Stromversorgung – insbesondere der Kupferabbaubetriebe im Norden Chiles – zu sichern, wurden dort Dieselkraftwerke errichtet und schrittweise durch günstigere Kohlekraftwerke ersetzt.

Die Nutzung erneuerbarer Energien hatte damals noch keine Priorität. Dabei besitzt Chile in der Atacama-Wüste die weltweit höchste Solareinstrahlung und vor allem im Süden des Landes ideale Standorte für Windenergie. Doch Unwissenheit und Misstrauen gegenüber den neuen Technologien bestimmten den Energiemarkt. Das änderte sich durch eine Studie der GIZ, die Chile im Auftrag des Bundesumweltministeriums (BMU) bei der Energiewende berät. Eine detaillierte Analyse der Erneuerbare-Energien-Potenziale gab die notwendige Planungssicherheit für deren Ausbau. Demnach verfügt Chile über ein realistisches Potenzial von mehr als 1 865 Gigawatt (GW) Kapazität aus Wind-, Solar- und Kleinwasserkraft. Dies ist in etwa das 75-Fache der derzeit installierten Stromerzeugungskapazität von rund 25 GW.

Durch zahlreiche Expertendiskussionen und den intensiven Austausch mit deutschen Stromnetzbetreibern sind die anfangs noch skeptischen chilenischen Netzbetreiber und andere wichtige Akteure des Energiesektors zu großen Befürwortern der Erneuerbaren geworden. In der Folge, und nicht zuletzt aufgrund fallender Technologiepreise, verzeichnete Chile von 2015 bis 2018 prozentual den weltweit größten Ausbau erneuerbarer Energien im Strom-

sektor – und zwar ohne staatliche Subventionen. Aktuell kommt rund ein Fünftel des Stroms aus fluktuierenden erneuerbaren Quellen (Sonne, Wind, Kleinwasserkraft); große Wasserkraft mit eingerechnet sind es 45 Prozent.

GRÜNER WASSERSTOFF

Im nächsten Schritt ging es darum, auch andere Sektoren außer Strom nachhaltig zu gestalten. Seit 2015 laufen Aktivitäten im Bereich grüner Wasserstoff, der mittels Elektrolyse aus erneuerbarem Strom hergestellt wird. In Chile ist das heute fast schon wirtschaftlich. Somit kann Wasserstoff einen Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasen im Energiebereich, in der Industrie und im Transport leisten und zur Klimaneutralität des Landes bis 2050 beitragen. Zudem könnte grüner Wasserstoff zum neuen Exportschlager Chiles neben Kupfer werden. Derzeit unterstützt die GIZ die chilenische Regierung bei der Erarbeitung einer nationalen Wasserstoffstrategie, die für Ende 2020 angekündigt ist. Deutschland hat ebenfalls in diesem Jahr eine nationale Wasserstoffstrategie vorgelegt und kann neben afrikanischen Staaten wie Marokko auch

Chile als Lieferanten für grünen Wasserstoff oder dessen Derivate in Betracht ziehen.

Ein weiteres spannendes Thema ist Chiles schrittweiser Ausstieg aus der Kohle, der parallel zum Erneuerbaren-Ausbau und in enger Abstimmung mit der Industrie erfolgt. Fast zwei Drittel der Kohlekraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 5 529 Megawatt sind erst weniger als zehn Jahre in Betrieb. Trotzdem haben sich die Kraftwerksbetreiber freiwillig und ohne staatliche Zuschüsse zur Beendigung der Kohleverstromung bis 2040 verpflichtet.

Gemeinsam mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und zwei Kohlekraftwerksbetreibern analysiert die GIZ nun, ob die stillzulegenden Kohlekraftwerke zu thermischen Energiespeichern für Sonnen- und Windenergie umgebaut werden können. So könnte ein Großteil der vorhandenen Infrastruktur weiter genutzt und die Abschaltung der Kraftwerke beschleunigt werden. Die Erfahrungen aus Chiles Kohleausstieg können für viele Schwellenländer von Nutzen sein. Und die mit deutscher Hilfe erfolgte Energiewende in dem südamerikanischen Land ist auch ein gutes Beispiel für erfolgreiche internationale Zusammenarbeit.



RAINER SCHRÖER
Leitet das Programm für
erneuerbare Energien und
Energieeffizienz der GIZ in
Chile.

rainer.schroeer@giz.de



Photovoltaik-Anlagen in der Atacama-Wüste.

Leserbriefe



„DIE BESTEN VERBÜNDETEN“

E+Z/D+C Druckheft 2020/09-10, Christiane Rudolph: „Ohne Privatsektor läuft nichts“

Die UN gibt es nun seit 75 Jahren und ihre Haupttätigkeiten betreffen die Friedenspolitik und die Entwicklungszusammenarbeit. Wie Christiane Rudolph zurecht ausführt, lassen sich die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) nur mit starkem Engagement des Privatsektors erreichen. Auch laut UN-Generalsekretär António Guterres sind Unternehmen die „besten Verbündeten“, um das Klimaabkommen von Paris umzusetzen und die SDGs zu erreichen.

Um den Privatsektor stärker einzubinden, könnten und sollten die UN zwei Dinge tun:

- Es wäre sinnvoll, den Global Compact weiter zu entwickeln. Diese weltweit größte und wichtigste Initiative für verantwortungsvolle Unternehmensführung wurde 1997 vom seinerzeitigen UN-Generalsekretär Kofi Annan lanciert. Die Basis wa-

ren vier Prinzipien: Schutz der Menschenrechte, Durchsetzung von fairen Arbeitsnormen, umweltfreundliche Technik und Korruptionsbekämpfung. 15 000 Unternehmen und Organisationen aus mehr als 160 Ländern sind beigetreten.

- Nützlich wären auch mehr öffentlich-private Partnerschaften. UN-Institutionen sollten stärker die Kooperation mit Unternehmen suchen. Als Modell gilt bis heute das in den 1960er und 70er Jahren geschaffene Industry Cooperation Programme (ICP), um den Privatsektor für Entwicklungsziele zu mobilisieren.

Initiiert wurden diese „joint ventures“ durch einen Deutschen, nämlich Alexander Friedrich, der das ICP auch leitete.

Prof. Dr. Michael Bohnet, Bonn

UNERWARTET UND UNERWÜNSCHT

E+Z/D+C e-Paper, 2020/09, Schwerpunkt: Bedeutungen von Entwicklung

Die Umsetzung jeglicher Entwicklungsprojekte ohne Nachhaltigkeitselement wird sich letztlich als sinnlos und verschwenderisch erweisen. Wenn Projekte ohne die nötige Umsicht, Umweltverträglichkeitsprüfungen und die

Analyse von Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken implementiert werden, können Kosten und Nebenwirkungen ihren Nutzen schnell überwiegen. Entscheidungsträger und Programmplaner haben deshalb die oberste Pflicht, für langfristige Nachhaltigkeit zu sorgen. Angeichts eskalierender globaler Umweltprobleme kann „keine Entwicklung“ tatsächlich eine bessere Option sein als schlecht geplante, nicht nachhaltige Entwicklung mit ebenso unerwarteten wie unerwünschten Resultaten.

Dr. H. K. Sunil, ehemaliger Direktor des Sugarcane Research Institutes, Sri Lanka



Der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan redet 2004 auf einer Global-Compact-Konferenz.

BEVÖLKERUNGSWACHSTUM

Afrika voranbringen

Ab 2050 könnte Afrika von einer „demografischen Dividende“ profitieren – mit einer wachsenden Bevölkerung steigt auch der Anteil an Menschen im erwerbsfähigen Alter. Garantiert ist das aber nicht, und es wäre auch nur ein erster Schritt zu einer nachhaltigen Verbesserung der Einkommen. Entwicklungsmaßnahmen, Technologie und Infrastruktur werden entscheidend sein.

Von Jakkie Cilliers

Auf den ersten Blick kann Afrika in den kommenden Jahrzehnten mit einem robusten Wachstum rechnen, besonders in seinen ärmsten Regionen. Nachdem die Covid-19-Folgen überwunden sind, werden für den Kontinent mit seinen 23 Ländern mit niedrigem Einkommen durchschnittliche jährliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2021 bis 2040 von 4,8 Prozent prognostiziert (Abbildung 1).

Die Wirtschaft würde damit deutlich schneller wachsen als anderswo. Jedoch bringt ein schnelles BIP-Wachstum nicht unbedingt höhere Lebensstandards. Afrikas rapides Bevölkerungswachstum verringert das Pro-Kopf-Einkommen, da es sich auf mehr Menschen verteilt. Und auch die Altersstruktur der Bevölkerung zählt: Die

steigende Zahl derer, die zu jung oder zu alt sind, um zu arbeiten, belastet die Wirtschaft. Eine nachhaltige Verbesserung des Lebensstandards bedarf einer guten Entwicklungspolitik in den Bereichen Technologie, Infrastruktur und Ähnlichem.

Das Einkommensgefälle zwischen Afrika und dem Rest der Welt wächst. Die Zustände verbessern sich zwar auch in Afrika – aber wesentlich langsamer als anderswo. Ein gutes Beispiel sind die prognostizierten Daten zur extremen Armut (Kaufkraft von 1,90 Dollar oder weniger pro Tag), die in Afrika bis 2040 voraussichtlich zunehmen wird. Die Zahl der in extremer Armut lebenden Afrikaner wird von 510 Millionen auf 573 Millionen im Jahr 2030 steigen (Abbildung 2).

Die Sustainable Development Goals (SDGs) zielen darauf ab, dass bis 2030 extreme Armut überwunden sein soll. Dies wird auch fast überall der Fall sein – außer in Afrika. Bis 2030 wird aller Erwartung nach etwa ein Drittel der afrikanischen Bevölkerung in extremer Armut leben, nach 2030 werden davon nur noch das südliche Afrika und wenige weitere Länder wie etwa Venezuela, Nordkorea und Afghanistan betroffen sein.

Ein Grund für diese schlechte Einkommenssituation in Afrika ist, dass das

BIP des Kontinents zwar enorm wächst, aber doch zu langsam, um die Bedürfnisse einer wachsenden Bevölkerung zu befriedigen. Afrikas Bevölkerung wächst derzeit um 2,6 Prozent pro Jahr; bis 2040 wird diese Rate voraussichtlich auf 1,9 Prozent sinken. Das Produktionswachstum kann mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten – dazu müsste das BIP durchschnittlich mindestens doppelt so hoch sein wie die derzeit prognostizierte Rate.

Abgesehen von den Auswirkungen auf das Pro-Kopf-BIP ist eine wachsende Bevölkerung für eine Volkswirtschaft meist gut, je nach deren Altersstruktur. Besonders, wenn es relativ mehr Arbeitnehmer gibt als solche, die von diesen abhängig sind, erlebt ein Land eine einkommensbeschleunigende „demografische Dividende“. Die Herausforderung besteht darin, diese in Afrika zu erreichen (siehe Hans Dembowksi im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2020/04).

Bisher hatte der Kontinent eine ungünstige Altersstruktur. 1987 lag das Verhältnis der Personen im erwerbsfähigen Alter zu von ihnen abhängigen Angehörigen in Afrika mit 1,0 (eine Person im erwerbsfähigen Alter pro Angehörigem) weltweit am niedrigsten – global waren es 1,6.

Seit 1987 hat sich diese Quote in Afrika zwar verbessert, jedoch nicht wesentlich: Sie liegt immer noch unter 1,3. Der Wendepunkt, an dem sich die demografische Dividende abzeichnet, liegt bei 1,7. Afrika wird diesen Punkt voraussichtlich erst gegen 2050 erreichen. Ab dann dürfte das Verhäl-

Abbildung 1: Vorhersage der durchschnittlichen BIP-Wachstumsrate in Afrika: 2021 bis 2040 (Wachstumsrate)

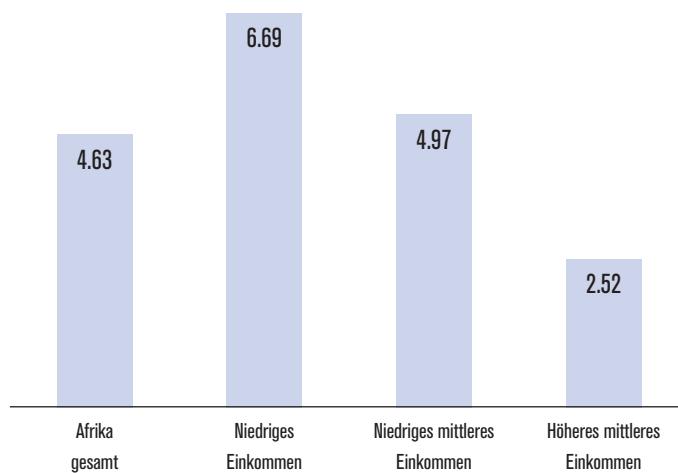
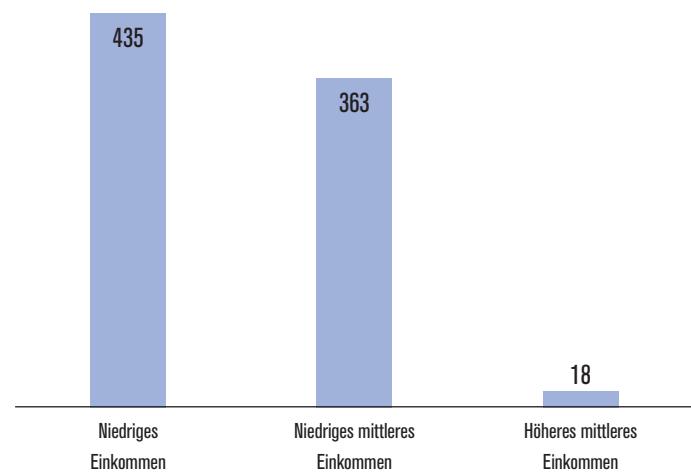


Abbildung 2: Vorhersage der durchschnittlichen BIP-Wachstumsrate in Afrika: 2021 bis 2040 (Millionen von Menschen)



nis stetig besser werden und 2,0 bis zum Jahr 2070 erreichen.

In Bezug auf die demografische Entwicklung könnte man sagen, dass wirtschaftlich gute Zeiten nahen – wenn auch erst 30 Jahre in der Zukunft. Demokratische Trends sind jedoch nur ein Faktor für weniger Armut und höhere Durchschnittseinkommen.

Das optimistische demografische Szenario für Afrika ab 2050 wird durch globale Technologietrends gefährdet. Durch Technologien wie dem automatisierten Informationsaustausch, der Arbeit ersetzt und den Kostenvorteil von Arbeitnehmern in einkommensschwachen Ländern mindert, verlieren demografische Strukturen an Bedeutung für das Volkseinkommen.

LEHREN AUS ASIEN

Die Volkswirtschaften der „Tigerstaaten“ (Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan) und Chinas boomten zwischen den 1960er und den 1990er Jahren. Afrika könn-

te einiges daraus lernen. Zur Zeit ihrer Expansion standen in diesen Ländern insgesamt 2,8 Personen im erwerbsfähigen Alter einem von ihm Abhängigen gegenüber. Im Jahr 2070 wird Afrika einen viel niedrigeren Spitzenwert von 2,0 erreichen, und somit wird seine Dividende kleiner sein als die der Tigerstaaten und Chinas.

Ein weiterer Unterschied ist: China und die Tigerstaaten profitierten nicht nur von einer günstigeren Altersstruktur der Bevölkerung, sondern steigerten Produktivität und Einkommen auch durch Entwicklungspolitische Maßnahmen. Die Regierungseliten waren entwicklungsorientiert und investierten in Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, sorgten für Alphabetisierung und Grundbildung, bauten exportorientierte Volkswirtschaften auf und unterstützten die produktiven Elemente ihrer Volkswirtschaften, wie etwa das verarbeitende Gewerbe des unteren Marktsegments.

Von alldem passiert zu wenig in Afrika. Der Kontinent braucht Veränderungen hinsichtlich Landwirtschaft, Gesundheit,

Demografie, Bildung, Industrialisierung, Technologie, Handelspolitik, politischer Stabilität, Regierungsführung und externer Hilfe. Zudem muss Afrika sich an die Klimakrise anpassen (siehe meinen Aufsatz in der Tribüne des E+Z/E+C e-Papers 2020/06). Politische Veränderungen in diesen Bereichen könnten ein starkes „Africa First“-Szenario ergeben, um Armut zu verringern und Einkommen zu erhöhen. Dieses Szenario kann als Maßstab dienen, um entwicklungsfördernde Maßnahmen in Afrika zu bewerten.



JAKKIE CILLIERS

ist Gründer und ehemaliger Direktor des Institute for Security Studies, einer gemeinnützigen Organisation mit Büros in Südafrika, Senegal, Äthiopien und Kenia. Dieser Artikel basiert auf seinem kürzlich von Jonathan Ball veröffentlichten Buch „Africa first! Igniting a growth revolution“ (Cape Town und Johannesburg, 2020). jcilliers@issafrica.org

COVID-19-IMPFUNG

Nur Krümel für Afrika?

Noch gibt es keinen Impfstoff gegen Covid-19. Doch in die Forschung fließt jetzt viel öffentliches Geld, und auch Pharmafirmen wurden aktiv. Nur: Wie gut werden die Ergebnisse verfügbar sein? Von der UN, der WHO und vielen Staatschefs wird versprochen, dass alle Zugang zu Impfungen bekommen, wenn sie zugelassen sind. Doch das ist keineswegs sicher.

Von Jörg Schaaber

Auf der Weltgesundheitsversammlung (WHA) wurde am 19. Mai 2020 eine Resolution zur Bekämpfung von Covid-19 verabschiedet. Eine künftige Impfung wird dort explizit als „globales öffentliches Gut“ bezeichnet. Die Resolution räumt dem „schnellen universellen Zugang zu notwendigen Medikamenten und Technologien und ihren Vorprodukten hohe Priorität“

ein. Es nimmt dabei ausdrücklich auf das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS-Abkommen) der Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO) Bezug. Dieses erlaubt die Vergabe von Zwangslizenzen für Arzneimittel und Impfstoffe, wenn die öffentliche Gesundheit bedroht ist. Die WHA befürwortete auch die Nutzung eines Patentpools.

Eine solche Plattform hob die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation – WHO) am 29. Mai 2020 aus der Taufe: Der Covid-19 Technology Access Pool (kurz C-TAP) bündelt die Patente und erleichtert die Lizenzvergabe. 38 Länder unterstützen C-TAP bei der Gründung, darunter fünf EU-Staaten – Deutschland gehörte nicht dazu.

Bis zum Covid-19-Ausbruch gab es kaum kommerzielle Forschungsprojekte zu

Corona, obwohl mit SARS (2002) und MERS (2012) schon zwei Corona-Virenstämme zirkulierten, die schwere Erkrankungen auslösten. Investitionen kamen fast ausschließlich von öffentlicher Seite. So steckten etwa die US-National Institutes of Health seit 2003 fast 700 Millionen Dollar in die Corona-Forschung, davon flossen rund 100 Millionen direkt an Firmen. Auch die Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI) investierte erhebliche Summen.

FEHLENDES INTERESSE

Die Pharmaindustrie selbst zeigte vor dem aktuellen Ausbruch wenig Interesse an der Entwicklung von Corona-Impfstoffen, obwohl die EU-Kommission dies bereits 2017 anregte und dafür auch Mittel bereitstellte. Seit der aktuellen Corona-Pandemie winken aber hohe staatliche Zuschüsse und ein großer Markt. Nun herrscht Goldgräberstimmung bei den Pharmaunternehmen.

Die EU-Kommission sammelt seit Mai 2020 im Rahmen der Initiative ACT Accelerator für die „Coronavirus Global Response“ erhebliche Geldsummen ein. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

betonte: „Wir müssen eine Impfung entwickeln, wir müssen sie produzieren und sie in jede Ecke der Welt liefern und zu bezahlbaren Preisen zugänglich machen. Dieser Impfstoff wird unser universelles Gemeinschaftsgut [...].“ Doch genau das ist nirgendwo rechtlich verbrieft. Die EU-Kommission betonte, dass sie von den Herstellern nicht erwarten würde, ihre Patentrechte aufzugeben. Die internationale Pharmaindustrie hat weitere Forderungen: Der Staat solle nicht nur in die Forschung investieren, sondern den Firmen auch die benötigten Impfstofffabriken bezahlen.

WER HAT DAS SAGEN?

Der Mangel an Governance ist ein Kernproblem. Eigentlich sollte die WHO die Fäden in der Hand halten. Doch unklare Strukturen und zersplitterte Zuständigkeiten erschweren den Erfolg der Pandemie-Bekämpfung.

Beim Einsammeln der Gelder und der Verteilung der Covid-19-Mittel spielt die Initiative Access to Covid-19 Tools (ACT) Accelerator eine zentrale Rolle. Diese internationale Kampagne wurde im April von der WHO und weiteren Akteuren wie der Gates-Stiftung, dem Global Fund und Industrieverbänden initiiert. Die jeweiligen Geldgeber, also Staaten und Stiftungen, schütten ihre Mittel direkt an die Empfänger aus. Die EU führt lediglich Buch, ob die Zahlungen tatsächlich stattfinden.

Ein anderer wichtiger Akteur bei der Verteilung der Forschungsmittel zu Covid-19 ist CEPI. Diese öffentlich-private Forschungsinitiative wird schon seit Längerem wegen ihrer unklaren Zugangspolitik kritisiert.

Die Verantwortung für die Beschaffung und Verteilung von Impfstoffen soll bei der Impfallianz GAVI liegen, einer weiteren Public-private-Partnership. GAVI koordiniert zusammen mit der WHO die internationale Impfstoff-Plattform COVAX, durch die Optionen auf möglichst viele verschiedene aussichtsreiche Impfstoffkandidaten gesichert werden sollen. Selbstfinanzierende Länder können sich gegen Anzahlungen Optionen auf Impfdosen sichern.

Mit diesen Beträgen und Entwicklungshilfegeldern gibt GAVI dann Abnahmeverebsprechen an die Hersteller (sogenannte Advance Marketing Commitments – AMC). Diese Strategie ist allerdings umstritten, denn das erste AMC von GAVI er-

wies sich als Subventionsprogramm für die Pharmaindustrie. Die Gelder flossen für einen bereits auf dem Markt befindlichen Pneumokokken-Impfstoff, für den GAVI einen Preis zahlte, der die Produktionskosten deutlich überstieg.

Bei COVAX behält die Industrie die Patentrechte für ihre Impfstoffe und kann diese außerhalb der Kontingente, die GAVI

Statt auf global gerechten Zugang setzen nicht nur die USA, sondern auch Europa offensichtlich auf eigene Interessen und Schonung der Pharmaindustrie. Dafür sprechen die Vereinbarungen mit Herstellern. Nach Berechnungen von Oxfam haben sich Länder, in denen nur 13 Prozent der Weltbevölkerung leben, bereits die Hälfte aller potenziell innerhalb eines Jahres verfügbaren Impfdosen gesichert.

Winnie Byanyima, Chefin von UNAIDS und eine entschiedene Befürworterin des weltweit gerechten Zugangs zu Arzneimitteln, hatte für diese Taktik bittere Worte: „Erst hieß es ‚America first‘, jetzt heißt es ‚Europe first‘, und für Afrika fallen ein paar Krümel ab.“

Selektive Verhandlungen mit einzelnen Herstellern, Abnahmegarantien zu überhöhten Preisen oder freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie werden keine global gerechte Versorgung mit Arzneimitteln und Impfstoffen sicherstellen. Dafür ist ein Patentpool das sinnvollere Instrument. Denn um die maximal möglichen Mengen eines Medikaments herstellen und alle Regionen der Welt kontinuierlich beliefern zu können, bedarf es der Nutzung möglichst vieler Produktionsstätten. Das ist aber nur möglich, wenn Patentrechte gebündelt und Lizenzen zu fairen Konditionen an viele verschiedene Hersteller vergeben werden. Genau das kann der WHO-Patentpool sicherstellen.

Mit der fehlenden Unterstützung des Patentpools behindert die deutsche Regierung wichtige Weichenstellungen für eine global gerechte Versorgung. Als potenter Geldgeber für GAVI könnte Deutschland zudem dafür sorgen, dass die Vergabe von Mitteln an kommerzielle Hersteller mit klaren Auflagen für faire Preise verknüpft werden und die geistigen Eigentumsrechte an den WHO-Pool übertragen werden. Auf dem Papier unterstützt die Bundesregierung die Führungsrolle der WHO. Mehr Geld allein reicht jedoch nicht – gerechter Zugang muss von ihr aktiv eingefordert und konkret gesichert werden.



Impfungen sind der Schlüssel zur weltweiten Bekämpfung gefährlicher Infektionskrankheiten wie Covid-19.

abnimmt, beliebig teuer verkaufen. Es lässt sich aber weder beurteilen, ob der vereinbarte Einkaufspreis fair ist, noch ist gesichert, dass GAVI die Ärmsten in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen tatsächlich angemessen versorgen kann.

Obwohl Kanzlerin Angela Merkel im Vorfeld und bei der Weltgesundheitsversammlung ausdrücklich erklärt hatte, dass Covid-19-Impfstoffe ein globales öffentliches Gut seien, das allen weltweit zugänglich sein müsse, zeigen die konkreten politischen Handlungen in eine andere Richtung. Deutschland und andere große EU-Mitgliedsstaaten haben bislang dem WHO Patentpool C-TAP keine Unterstützung zugesagt.



JÖRG SCHAABER
ist Diplom-Soziologe und
Gesundheitswissenschaftler.
Er arbeitet seit ihrer
Gründung für die BUKO

Pharma-Kampagne.
info@bukopharma.de



Eine Tafel vor einer Schule in Vietnam informiert über gesunde Ernährung.

Gesunde Ernährung

Laut Welthungerhilfe droht die Zahl der Hungernden wegen der Corona-Pandemie auf eine Milliarde anzusteigen. Die Armen fragen sich nicht, was sie essen, sondern ob sie überhaupt etwas zu essen bekommen. Dabei war Mangel- und Fehlernährung schon vor der Pandemie ein großes Problem, das sich jetzt weiter verschärft. Aufklärung über gesunde Ernährung ist entscheidend.

Denn selbst in Industrienationen gibt es „verborgenen Hunger“, der zu vielen Erkrankungen führen kann.

 Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich direkt mit dem zweiten und dritten UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): kein Hunger sowie Gesundheit und Wohlergehen.



Akuter Hunger

In Simbabwe fragen sich immer mehr Menschen, nicht was, sondern ob sie morgen überhaupt essen werden. Covid-19 und eine anhaltende Dürre verschärfen die chronische Wirtschaftskrise.

Von Jeffrey Moyo

Früher gab es in Simbabwe reichlich zu essen, heute nicht mehr. Die alleinerziehende Mutter Duduzile Nhari muss als Lehrerin fünf Kinder versorgen. Es gibt nur eine Mahlzeit pro Tag. Nhari gehört zum Lehrkörper einer staatlichen Schule, aber das Einkommen reicht nach langen Jahren hoher Inflation nicht mehr (siehe meinen Kommentar in der Debatte des E+Z/D+C e-Papers 2019/09). Zwar wurde das Gehalt

Die Covid-19-Pandemie hat ihre Lage verschlimmert. Die Schule blieb wegen Lockdown geschlossen, und sie musste die Familie mit ihren Nebentätigkeiten ernähren.

Bereits Ende 2019 erklärte das UN World Food Programme (WFP), Simbabwe erleide die schlimmste Hungersnot seit einem Jahrzehnt. Zu den Gründen gehörten laut WFP-Sprecherin Bettina Lüscher „akuter Devisenmangel, rasante Inflation, steigende Arbeitslosigkeit, Treibstoffmangel, anhaltende Stromausfälle und das Sterben von Nutztieren“. Seinerzeit hatte die Hälfte der Bevölkerung – 7,7 Millionen Menschen – keinen sicheren Zugang zu den Lebensmitteln, die sie brauchte. Selbst in den Städten, die generell wohlhabender sind, betrug der

Precious Shumba leitet die zivilgesellschaftliche Organisation Harare Residents Trust. Vor allem die Inflation sei verheerend, sagt er: „Städtische Armut ist jetzt die Normalität. Familien essen nur noch einmal pro Tag, nicht mehr wie früher zwei oder dreimal.“ Es gebe Nahrung in den Läden, aber sie sei für viele unerschwinglich teuer. Besonders hart sei die Lage in den dicht bebauten Elendsvierteln.

Derweil sind immer mehr Unternehmen insolvent. Der Menschenrechtsverteidiger Owen Dhliwayo weist darauf hin, dass immer mehr Menschen ihre Arbeit verlieren. Gewerkschaften zufolge beträgt die Arbeitslosenquote 90 Prozent, was bedeutet, dass die überwältigende Mehrheit der Simbabwer von Einkommen aus informeller Tätigkeit abhängt.

Teilweise ziehen Städter nun zurück aufs Land. Danisa Masuka beispielsweise hat seine Familie zu Verwandten in ein Dorf geschickt, nachdem er seinen Job als Busfahrer in der Hauptstadt Harare verloren hatte. Dort seien die Lebenshaltungskosten niedriger, und sie sollten dort bleiben, bis er in der Stadt neue Arbeit finde, sagt er.

Allerdings ist das Leben auf dem Land auch nicht leicht. Die Ernährungsunsicherheit ist meist sogar noch größer. Das gilt besonders wegen der seit drei Jahren anhaltenden Dürre. Laut WFP-Angaben produzieren drei Viertel der Bevölkerung als Subsistenzbauern den größten Teil der Nahrung.

Schon 2019 stieg die Quote der akut mangelernährten Menschen WFP-Angaben zufolge von 2,5 auf 3,6 Prozent. Von den Kleinkindern im Alter zwischen sechs und 24 Monaten hätten rund 90 Prozent nicht die mindestens nötige Nahrung bekommen. Viele Mütter hätten nicht mehr stillen können, weil sie selbst nicht genug zu essen bekommen hatten.

Seither sind die Probleme weiter gewachsen. Deprimierenderweise fragen sich nun viele Menschen, ob sie morgen überhaupt etwas zu essen bekommen, und nicht, ob sie sich gesund ernähren. Coronavirus und Klimawandel sind weltweite Probleme, die in Simbabwe die chronische Wirtschaftskrise weiter verschärfen.



Simbabwe erleidet das dritte Dürrejahr in Folge.

kürzlich auf 6000 Simbabwe-Dollar verdoppelt und entspricht nun etwa 70 US-Dollar, die aktuelle Inflationsrate beträgt aber 800 Prozent.

Die tägliche Mahlzeit der Familie besteht aus Mais. Nhari bereitet aus Mehl und kochendem Wasser einen Brei zu, der Sadza heißt. „Mein Gehalt reicht nicht für die Miete“, klagt sie. Essen habe Vorrang. Um zusätzlich Geld zu verdienen, wäscht sie anderen Familien die Wäsche. „Ich darf dafür nicht zu stolz sein“, sagt die Lehrerin.

Anteil der bedürftigen Menschen 40 Prozent.

Seither hat sich die Lage verschärft. Ende Juli teilte das WFP mit, mittlerweile litten 8,6 Millionen Menschen Not – da sind 60 Prozent der Simbabwer. Allein im Monat Juni habe sich der Maispreis verdoppelt. Lola Castro vom WFP sprach von „akutem Hunger“. Die Unterorganisation der UN teilte mit, sie brauche zusätzliche Nahrungsmittelhilfe im Wert von 250 Millionen US-Dollar.



JEFFREY MOYO
ist Journalist und lebt in Harare.

moyojeffrey@gmail.com

LANDWIRTSCHAFTLICHE DIVERSIFIZIERUNG

Weg von der Dominanz des Mais

Sambia denkt darüber nach, die Dominanz von Mais als Anbaufrucht und Grundnahrungsmittel zu reduzieren. In einer Kultur, in der „Mais“ fast synonym für „Mahlzeit“ steht, könnte es jedoch schwierig werden, die Menschen zu Abwechslung beim Anbau ihrer Nutzpflanzen und in ihrer Ernährung zu bewegen.

Von Derrick Silimina

In Sambia ist Mais das wichtigste Grundnahrungsmittel und wird am stärksten subventioniert. Künftig wird Mais aber womöglich durch andere Kulturpflanzen ersetzt. Sambias Vizepräsidentin Inonge Wina schreckte kürzlich die Menschen auf, als sie diese aufforderte, ihre Ernährung umzustellen und weniger Mais und mehr Hirse, Sorghum, Maniok, Reis und Süßkartoffeln zu essen. „Die Umstellung auf nährreichere Lebensmittel ist eine der günstigsten und wirksamsten Möglichkeiten, Fehlerernährung zu verhindern“, sagte Wina.

Ihr Vorschlag wendet sich gegen die landesübliche Kultur. Sambier essen zweimal bis dreimal täglich Mahlzeiten auf Maisbasis. Viele betrachten eine Mahlzeit erst dann als solche, wenn sie aus Mais besteht. Besonders beliebt ist der feste Maisbrei „Nshima“. Auch zum Bierbrauen wird Mais verwendet.

Die Aussagen der Vizepräsidentin fallen in eine Zeit, in der Maisbauern auch noch andere Probleme haben. Ihre Kosten steigen, aber die staatseigene Food Reserve Agency (FRA), die ihre Produkte aufkauft, zahlt ihnen weiterhin konstant 110 Kwacha (umgerechnet 4,60 Euro) pro 50 Kilogramm Mais. Sambias Nationaler Bauernverband (Zambia National Farmers' Union – ZNFU) fordert, den Preis angesichts steigender Kosten für Dünger, Saatgut, Chemikalien, Transport, Strom und Arbeit auf 130 Kwacha anzuheben.

Zugleich liefert ein Subventionsprogramm, auf das viele Maisbauern angewiesen sind, nicht rechtzeitig notwendige Betriebsmittel wie Dünger oder Pestizide. „Die Pflanzsaison naht, die Vorbereitung der Böden läuft, aber uns fehlen immer noch die Betriebsmittel, die wir schon im Juli hätten

bekommen sollen“, sagt Veronica Tembo, eine Kleinbäuerin aus Lusakas Chongwe-Distrikt. „Die Landwirte sollten sich darüber sorgen, wann Regen kommt, aber nicht auch darüber, ob Betriebsmittel geliefert werden.“

Die Regierung rief 2002 Sambias Farmers Input Support Programme (FISP) ins Leben, um Maisbauern subventioniertes Saatgut und Dünger verfügbar zu machen und private Händler in die Lieferung von Betriebsmitteln einzubeziehen. In den vergangenen Jahren überschatteten Misswirtschaft und Korruption das Programm, das zudem die Bauern abhängig gemacht hat.

„Die meisten Kleinbauern im FISP sind seit über fünf Jahren Nutznießer, dabei sollten sie nach zwei Jahren Selbstversorger sein“, sagt Robert Tembo, ein Landwirt aus Chipata in Ost-Sambia. Einige Politiker nutzten FISP, um Wähler zu gewinnen und an der Macht zu bleiben, meint er.

Andererseits möchte der ZNFU, dass mehr Bauern von FISP profitieren. „Von den

3,3 Millionen Tonnen produziertem Mais stammen 1,3 Millionen von Kleinbauern, die nicht vom FISP profitieren“, so ZNFU-Sprecher Calvin Kaleyi. „Mit den FRA-Preisen von 110 Kwacha gehen die Maisbauern Pleite und die Produktion im kommenden Jahr sinkt.“

Derweil fordern auch Erzeuger anderer Getreidearten und von Gemüse und Früchten einen Anteil am FISP. „Auch wir brauchen subventionierte Betriebsmittel“, sagt der Reisbauer Monde Sitwala aus dem Distrikt Mongu. „Die Regierung sollte Reis als ertragreiche Anbaufrucht für Kleinbauern und wichtigen Beitrag zur nationalen Nahrungssicherheit anerkennen.“

BESSERE ERNÄHRUNG

Grund für die Diskussion über die Dominanz von Mais ist die weit verbreitete Fehlernährung in Sambia. Laut dem International Institute for Environment and Development (IIED), einer unabhängigen Denkfabrik mit Sitz in London, liegt es am hohen Maiskonsum, dass Sambia eine der weltweit höchsten Raten an Mangel- und Fehlernährung hat (siehe Sabine Balk, S. 27). Mehr als ein Drittel der Kinder unter fünf Jahren zeigt dem Bericht zufolge Wachstumsverzöge-



Viele Bauern nutzen einfachste Techniken.

rungen und ein Viertel der Erwachsenen ist fettleibig.

Zugleich können laut Human Development Index 2019 des UN-Entwicklungsprogramms 48 Prozent der Sambier ihren Mindestkalorienbedarf nicht decken. Der Index listet Sambia bei den Schlüsselindikatoren für menschliche Entwicklung auf Platz 143 von 189 Ländern.

Nach Angaben von William Chilufya, Autor des IIED-Berichts, fördert die große, für den Maisanbau genutzte Landfläche Armut. Mais erzielt niedrige Preise und eignet sich nur für wenige wertschöpfende Tätigkeiten in Verarbeitung, Handel und bei der Versorgung mit Betriebsmitteln. Das Getreide hat somit kaum wirtschaftliche Multiplikatoreffekte.

Sambias starke Maisabhängigkeit führt teils auch deshalb zu Armut, weil der Mais ineffizient und auf veraltete Weise angebaut wird. Die meisten Kleinbauern nutzen traditionelle Geräte und sind von Regen abhängig. Das macht sie anfällig für klimabedingte Naturkatastrophen und zunehmend unvorhersagbares Wetter. Steigende Durchschnittstemperaturen bescheren nach Schätzungen des IIED bereits 1,7 Millionen Sambieren – das entspricht 18 Prozent der Bevölkerung – erhebliche Lebensmittelknappheit.

Armut und Maisabhängigkeit führen auch zu den gesundheitlichen Folgen, die eine unausgewogene Ernährung mit sich bringt. In Sambia wird Mais produziert und verzehrt, während andere Anbaufrüchte wie

Sojabohnen, Reis, Maniok, Bohnen sowie Gemüse und Obst zu wenig für Investitionen berücksichtigt und von Konsumenten beachtet werden. Auch Baumwolle und Tabak sind wichtige Erzeugnisse, selbst wenn sie als Nahrungsmittel keine Rolle spielen.

Die Regierung versucht, mehr Mittel für Infrastruktur sowie Forschung und Entwicklung anderer Kulturpflanzen bereitzustellen. Politisch besonders interessant ist derzeit Maniok, ein stärkehaltiges Knollenwurzelgemüse und Hauptquelle für Kohlenhydrate. „Maniok ist angesichts des Klimawandels entscheidend“, sagt Maniokproduzentin Veronica Chimuku aus dem Distrikt Kaoma im Westen Sambias. „Es ist durreresistenter als Nutzpflanzen, die Regen brauchen.“

Die Sambier dazu zu bringen, Mais durch andere Nahrungsmittel zu ersetzen, könnte allerdings schwieriger werden, als nationale Investitionsprogramme zu ändern. Mehr als 60 Prozent der Sambier leben unterhalb der Armutsgrenze, für sie wäre es schlicht zu teuer, sich anders zu ernähren. Das Jesuitische Zentrum für Theologische Betrachtung, eine Lobbygruppe für Arme, schätzt, dass eine Auswahl ausgewogener Lebensmittel 7000 Kwacha (296 Euro) pro Monat kosten würde. Für die meisten Haushalte ist das unbezahlbar.

Aufgabe der Regierung ist es somit, eine öffentliche Infokampagne zu starten und andere Kulturpflanzen mehr zu subventionieren, damit diese erschwinglicher

für die Menschen werden. Einen Anfang hat die Regierung gemacht, indem sie vorrangig in die Landwirtschaft investieren will. Wichtig wäre zudem, klar festzulegen, welche konkreten Erzeugnisse zu fördern sind.

Zwei Drittel der sambischen Bevölkerung leben auf dem Land und sind von der Landwirtschaft abhängig, was Investitionen hier besonders wichtig macht. Landwirtschaft macht nur 20 Prozent von Sambias Bruttoinlandsprodukt aus, könnte aber dank fruchtbarer Erde und guter Niederschläge eine wichtige Wachstumsquelle sein.

Laut der UN-Sonderorganisation International Fund for Agricultural Development zahlen sich Investitionen in Landwirtschaft besonders aus: Landwirtschaftliches Wachstum verringert die Armut in Subsahara-Afrika bis zu elf Mal schneller als Wachstum in anderen Bereichen. Diversifizierung des Anbaus und Investitionen in landwirtschaftliche Infrastruktur sind kein Wundermittel für Sambias marode Wirtschaft und mangelernährte Bevölkerung. Aber sie könnten ein Ausweg aus einigen der drängendsten aktuellen Probleme des Landes sein.

LITERATUR

Chilufya, W., 2019: Beyond maize; exploring agricultural diversification in Zambia. London, IIED.

<https://www.iied.org/beyond-maize-exploring-agricultural-diversification-zambia>



TRADITIONELLE NUTZPFLANZEN

Unterricht im Lehrgarten

Slow Food setzt sich in Malawi für gesunde, traditionelle Nahrungsmittel ein. Der Anbau der entsprechenden Pflanzen ist auch wirtschaftlich attraktiv.

Von Rabson Kondowe

„Wir sollten wissen, wer unsere Nahrungsmittel erzeugt und wie das geschieht“, sagt Manvester Akson Khoza, nationaler Koordinator von Slow Food in Malawi. Der ausgebildete Buchhalter arbeitet seit 2012 für diese internationale zivilgesellschaftliche Organisation (siehe Kasten nächste Seite). Seinerzeit war es seine erste Aufgabe, zwölf Schulgärten zu starten. Heute koordiniert er 450 Schul- und Gemeinschaftsgärten im ganzen Land.

Wie in vielen Entwicklungsländern verdrängt der Einsatz hybrider Hoch-

ertragssorten in Malawi traditionelle Pflanzen (siehe Lucien Silga im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2019/11). Khozas Erfahrung nach werden Letztere vielfach nicht nur ignoriert, sondern geradezu verachtet. Andererseits ist für Hoyertragssorten masiver Chemieeinsatz nötig.

In Slow-Food-Gärten werden weder Pestizide noch Kunstdünger genutzt. Das ist gut für Mensch und Umwelt. Der Einsatz giftiger Chemikalien schafft Gesundheitsrisiken.

Die Gärten dienen einem Bildungszweck. „Wir wollen, dass lokale Gemeinschaften sich mit diesen Pflanzen auskennen“, sagt der Koordinator. Ihr Anbau sei aber auch ökonomisch wettbewerbsfähig. Die Pflanzen sind genetisch an ihren Standort angepasst, und ihre Diversität liefert

mehr – und vielfältigere – Nährstoffe, als das Monokultur-Produkte tun.

2010 startete Slow Food ein Programm, um 1000 Gärten in Afrika zu schaffen. Angesprochen werden Schulen und Graswurzelorganisationen in Dörfern sowie Stadtrandsiedlungen in bislang 26 Ländern. Es geht darum, sicherzustellen, dass die Menschen kontinuierlich frische und gesunde Nahrung bekommen.

Inzwischen gibt es laut Slow Food mehr als 3000 solcher Gärten. Insbesondere junge Menschen will Slow Food erreichen. Gute Ernährung fördere gesundes Heranwachsen, sagt Khoza. Nach Möglichkeit sollen sie zu Hause replizieren, was sie in der Schule lernen.

Das passiert auch. Agness Chipamba ist in einem Schulgarten in Zentralmalawi aktiv. Ihr zufolge bauen mittlerweile die Familien vieler Schüler und Schülerinnen zu Hause Gemüse und Obst an und hätten folglich das ganze Jahr über frische Produkte. Früher sei das nur in der Regenzeit der Fall gewesen, wenn es auf dem Markt anderswo erzeugte Produkte gab. „Jetzt versorgen wir

GRATIS- Abonnements

**Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste.
Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen
und anderweitige Institutionen mit Bezug zur
internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die
Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt
ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in
diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer
Website bestellt werden:**

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

**Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website
(www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren
dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen
Entwicklungsdebatte.**





uns selbst“, stellt sie fest. Einige Familien verkauften auch Erzeugnisse.

Unterernährung ist ein ernstes Problem in Malawi. 37 Prozent der Kinder sind laut UNstatistiken deshalb im Wachstum zurückgeblieben, wobei sich die Lage langsam gebessert hat. Wie Felix Pensulo vom Gesundheitsministerium berichtet, betrug der Vergleichswert 2004 noch 53 Prozent. Andererseits macht ihm

Sorgen, dass der Anteil der Menschen mit Übergewicht zunimmt. Er betrage jetzt 21 Prozent. 1992 seien es nur neun Prozent gewesen.

Es gibt ein Stadt-Land-Gefälle, denn Fettleibigkeit ist in der urbanen Bevölkerung stärker verbreitet, wie Pensulo sagt. Städtern gelte traditionelle Ernährung oft als typisch für die arme Landbevölkerung, während Konserven, ausländisches Gemüse

Unterweisungen im Gemeinschaftsgarten.

und Fertiggerichte als Statussymbole gesehen würden.

Das Gesundheitsministerium arbeitet an Lehrplänen über ausgeglichene Ernährung. Sie sollen in Grund- und weiterführenden Schulen genutzt werden. Auch Studierende sollen angesprochen werden. Aus Pensulos Sicht kommt es besonders auf die Mädchen an. Studien zeigen, dass junge Frauen mit Schulabschluss kaum mangelerührte Kinder hätten. „Sie wissen, was die Kinder brauchen“, erklärt Pensulo.

Auch in diesem Kontext sind die Slow-Food-Gärten nützlich. Khoza bezeichnet es als unerwartetes Ergebnis der Projektarbeit, dass manche jungen Leute wieder zum Unterricht zurückkehrten, nachdem sie die Schule schon abgebrochen hatten. Ausschlaggebend sei das Interesse am Anbau eigener Lebensmittel gewesen.



RABSON KONDOWE
ist Journalist und lebt in der malawischen Stadt Blantyre.

kondowerabie@gmail.com

Mutter Erdes Füllhorn

Slow Food ist eine zivilgesellschaftliche Organisation, die 1989 von Carlo Petrini in Italien gegründet wurde. Inzwischen ist sie in 160 Ländern aktiv.

Aus Sicht von Slow Food sollten wir alle wissen, wo unsere Nahrung herkommt, wie sie entsteht und welche Auswirkungen Ernährungsentwicklungen auf unsere Umwelt haben. Was wir essen, hat schließlich mit vielen Aspekten des Lebens zu tun – von Kultur und Politik bis hin zur Landwirtschaft. Slow Food hat ein dreifaches Ziel:

- Bewusstsein für Lebensmittelfragen zu wecken,
- regionale Ernährungstraditionen zu pflegen und
- die Beschleunigung des Alltags wieder zu bremsen.

Wie der Organisationsname nahelegt, wehren sich die Aktivisten gegen Fast Food, und zwar besonders in den Varianten, welche große internationale Markenkonzerne verkaufen. Tatsächlich enthalten solche Produkte oft ungesund hohe Dosierungen von Zucker, Salz und Fett. Die kluge Alter-

native ist laut Slow Food die Pflege traditioneller, lokaler Rezepte, die typischerweise an örtliche Ökosysteme angepasste Pflanzen, Saaten und Nutztiere erfordern. Entsprechende Konzepte bewahren nicht nur die biologische Vielfalt, sondern unterstützen auch diverse Kleinunternehmen und Bauernhöfe. Überproduktion und Lebensmittelmüll lehnt Slow Food ab. Die Aufmerksamkeit gilt der Lebensmittelqualität.

2004 gründete Slow Food das Netzwerk Terra Madre („Mutter Erde“), das Menschen mit Engagement für alternative Gastronomiekonzepte verbindet. Die Leitidee ist, durch Förderung regionaler Küchen die biologische Vielfalt zu erhalten. Die kulinarischen Traditionen seien weltweit extrem unterschiedlich, sagen die Aktivisten, aber die Bedrohung sei überall gleich, und die Lösungen ähnelten sich überraschend stark.

Die Zentrale von Slow Food ist in Bra, einer Kleinstadt südlich von Turin. Die Organisation beansprucht, weltweit rund 100 000 Mitglieder zu haben.

rk



LINKS

- Slow Food:
<https://www.slowfood.com/>
- Terra Madre:
<https://www.terramadre.info/en/>

MANGELHAFTE ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Wie in biblischen Zeiten

Ostafrika droht schon wieder die nächste Heuschreckenplage. Die Region ist seit dem Winter 2019/2020 heftig betroffen, und Wüstenheuschrecken gehören zu den destruktivsten Insekten überhaupt.

Von Mahwish Gul

Die aktuelle Heuschreckenplage ist laut FAO (Food and Agriculture Organization der UN) die schlimmste seit 25 Jahren. Mitte Oktober warnte die multilaterale Organisation, für diese Insekten gebe es wegen neuerlicher Regenfälle günstige Wachstumsbedingungen in Äthiopien, Somalia und jenseits des Roten Meeres im Jemen.

Normalerweise kommt diese Heuschreckenart in afrikanischen, nähöstlichen und asiatischen Wüsten vor. Die Tiere leben eigentlich einzeln, aber wenn die Vegetation wegen starker Niederschläge üppig gedeiht, entstehen auch große Schwärme. Die Fachwelt spricht von einer Plage, wenn sich mehrere Schwärme zu einer riesigen Heuschreckenwolke verbinden.

Kenia hatte 70 Jahre lang keine solche Insekteninvasion mehr erlebt. Nun bedeckte der größte Schwarm in diesem Jahr 2400 Quadratkilometer. Er bestand aus 200 Milli-

arden Insekten. Die Schädlinge vernichten Felder und fressen auch wild wachsende Pflanzen. Bauern leiden, weil ihre Ernte vernichtet wird. Futter für Nutz- und Wildtiere verschwindet.

Im Mai warnte die FAO, dass die Ernährungssicherheit von 20 Millionen Menschen in Ostafrika akut und heftig bedroht sei. Mit anderen Worten: Hungersnot wird wahrscheinlicher. Derweil stehen ohnehin Ersparnisse und Lebenserwerb von sehr vielen Menschen auf dem Spiel.

Zwei der betroffenen afrikanischen Länder – Somalia und Südsudan – hatten schon vorher hohe Raten für Mangelernährung. Gut geht es aber auch den anderen Ländern nicht. Die gesamte Region ist geprägt von hoher Morbidität, schwacher Gesundheitsversorgung und ungenügender Infrastruktur. Die Landwirtschaft trägt in Ostafrika 50 Prozent zur Wirtschaftsleistung bei und sorgt für den Lebensunterhalt von 70 Prozent der Bevölkerung. Die große Mehrheit hängt von wenig produktiven, traditionellen Agrarpraktiken ab. Regionale Konflikte – aber auch die Coronavirus-Pandemie – verschärfen die Probleme.

Die UN sehen einen engen Zusammenhang zwischen der globalen Erhitzung

und der Heuschreckenplage. Ähnliche Probleme gibt es auch auf der Arabischen Halbinsel und im Nahen Osten. Feuchtes Wetter kommt nun häufiger vor, und das gilt auch für Zyklone. Ungewöhnlich warmes Oberflächenwasser im Indischen Ozean hat in jüngster Zeit solche niederschlagsreichen Wirbelstürme wahrscheinlicher gemacht. Experten warnen, bislang ungewöhnliche Wetterlagen könnten schon bald normal werden.

Heuschreckenplagen terrorisieren Menschen schon seit biblischen Zeiten. Wissenschaft und Technik können das bislang nicht verhindern. Das Ausmaß der aktuellen Heuschreckenprobleme in Ostafrika ist beispiellos.

Es lässt sich schwerlich vorhersagen, wann, wo und mit welcher Wucht der nächste Heuschreckenschwarm auftritt. Erschwendend kommt hinzu, dass sich oft – wenn es gerade gelungen ist, die Plage an einem Ort in den Griff zu bekommen – neue Schwärme in benachbarten Regionen bilden. Windgeschwindigkeit und -richtung sind wichtig. Bei entsprechendem Wetter überqueren Schwärme ohne Weiteres das Rote Meer.

Heftiger Einsatz von Pestiziden bietet derzeit den einzigen Schutz. In weiten Gegenden wurde – und wird – deshalb gespritzt. Diese Chemikalien sind giftig, und die schädlichen Nebenwirkungen auf Mensch und Natur dürfen nicht vernachlässigt werden. Vorrang hat derzeit aber eindeutig die Bekämpfung der Plage.

Auf längere Sicht ist mehrdimensionales Handeln nötig. Unter anderem müssen Prognosen, Früherkennung und Monitoring besser werden. Solche Bemühungen müssen grenzüberschreitend koordiniert werden und obendrein Konfliktgebiete – etwa im Jemen oder Somalia – mit einbeziehen. Ohne Frage muss die Beziehung zwischen Mensch und Natur neu bedacht werden. Entwaldung, intensive Landwirtschaft und Überweidung haben zur gestiegenen Wahrscheinlichkeit von Heuschreckenplagen beigetragen. Es gibt keine einfache Lösung für dieses gewaltige Problem. Klar ist aber, dass sich ihm einige der am wenigsten entwickelten Länder der Welt stellen müssen.



Zwei Männer in einem Heuschreckenschwarm in Samburu County in Kenia.



MAHWISH GUL
ist Entwicklungsberaterin und
lebt in Nairobi.

mawish.gul@gmail.com

GESUNDE ERNÄHRUNG

Die Mischung macht's

Eine gute Ernährung ist die Grundlage für ein gesundes und aktives Leben. Doch Hunger und Mangelernährung sind nach wie vor weit verbreitet. Als Gegenmaßnahme hat es sich als sinnvoll erwiesen, sektorübergreifend zu arbeiten und auf die Ernährung im Säuglings- und Kleinkindalter abzuzielen.

Von Simone Welte

Die Karibikinsel Hispaniola beherbergte einst eine reichhaltige Flora und Fauna. Das heutige Haiti, das die Osthälfte dieser Insel einnimmt, war im 18. Jahrhundert Frankreichs reichste Kolonie. Doch die Kolonatoren beuteten Menschen und natürliche Ressourcen brutal aus, was zum Verlust von Biodiversität führte. Durch den Raubbau kam es zu langfristigen Fehlentwicklungen, die Haiti zu einem der ärmsten Länder der Welt gemacht haben.

Durch Abholzung der Wälder und die darauffolgende Erosion sind rund die Hälfte der fruchtbaren Böden verlorengegangen und nicht mehr für die landwirtschaftliche Produktion nutzbar. Das verheerende Erdbeben von 2010 sowie zahlreiche tropische Wirbelstürme haben Verwüstungen hinterlassen. Die ohnehin geringen Ernten der Bauern und Bäuerinnen wurden zerstört.

Zu den Gründen dafür, dass Menschen in Haiti und anderen Ländern hungern, gehören Naturkatastrophen, degradierte Böden, zerstörte Infrastruktur und nicht funktionsfähige Märkte, Korruption, gewalttätige Auseinandersetzungen sowie mangelnde Bildung. Ungleichheiten zwischen Stadt und Land, Frauen und Männern gehören ebenfalls dazu. Diese komplexen und miteinander verknüpften Ursachen zu überwinden ist eine gewaltige Herausforderung.

RECHT AUF NAHRUNG GILT FÜR ALLE WELTWEIT

Die Bekämpfung der Ursachen von Hunger und Mangelernährung ist ein zentrales Ziel der Weltgemeinschaft. Bereits in den 1960er Jahren verankerte sie das Recht auf eine

angemessene Ernährung in der Charta der Menschenrechte. Die weltweiten Anstrengungen, dieses Recht umzusetzen, haben durchaus Erfolge erzielt. Dennoch hungern heute laut der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (Food and Agriculture Organization – FAO) 690 Millionen Menschen, und rund 2 Milliarden leiden unter Mikronährstoffmangel (siehe Kasten, nächste Seite). Ob das zweite UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG), bis 2030 die Welt von Hunger und Unterernährung zu befreien, erreicht wird, ist sehr fraglich.

Eine gesunde Ernährung ist die Grundlage für ein gesundes und aktives Leben. Wir brauchen Energie, Fette, Kohlenhydrate, Eiweiß, Mineralstoffe und Vitamine aus der Nahrung, um zu wachsen, die Körperfunktionen aufrechtzuerhalten, ein starkes Immunsystem zu unterhalten und dem Körper Material zur Regeneration zu liefern.

Eine gesunde Ernährung ist das ganze Leben lang wichtig. Babys kommen gesund zur Welt, wenn sie schon während der

Schwangerschaft mit allen wichtigen Nährstoffen versorgt waren. Junge Frauen sollten sich hochwertig ernähren, damit sie, falls sie schwanger werden und anschließend ein Baby stillen, sich und den Körper des Kindes bestmöglich versorgen. Während der Schwangerschaft brauchen sie zusätzliche Mikronährstoffe wie etwa Folsäure und Jod. Eine gute Ernährung ist die Voraussetzung dafür, dass Frauen und Männer, Mädchen und Jungen Leistung erbringen können und gesund bleiben.

Die ersten 1000 Tage des Lebens, gerechnet von der Empfängnis bis zum 2. Geburtstag, sind entscheidend für die Entwicklung von körperlichen und geistigen Fähigkeiten. Defizite in diesem Zeitraum können zu irreversiblen Schäden führen. Mangelernährte Babys und Kinder können niemals ihre gesamte kognitive und körperliche Leistungsfähigkeit entwickeln. Die Folge ist ein Teufelskreis aus Hunger, Fehlernährung, schlechter schulischer Leistung und minderen Chancen auf dem Arbeitsmarkt, was wiederum zu Armut führt – eine Hauptursache für Mangelernährung (siehe Abbildung nächste Seite).

GESUNDE ERNÄHRUNG IST VIELSEITIG

Für eine gesunde Ernährung ist von zentraler Bedeutung, welche Lebensmittel verfügbar sind und in welchen Mengen sie

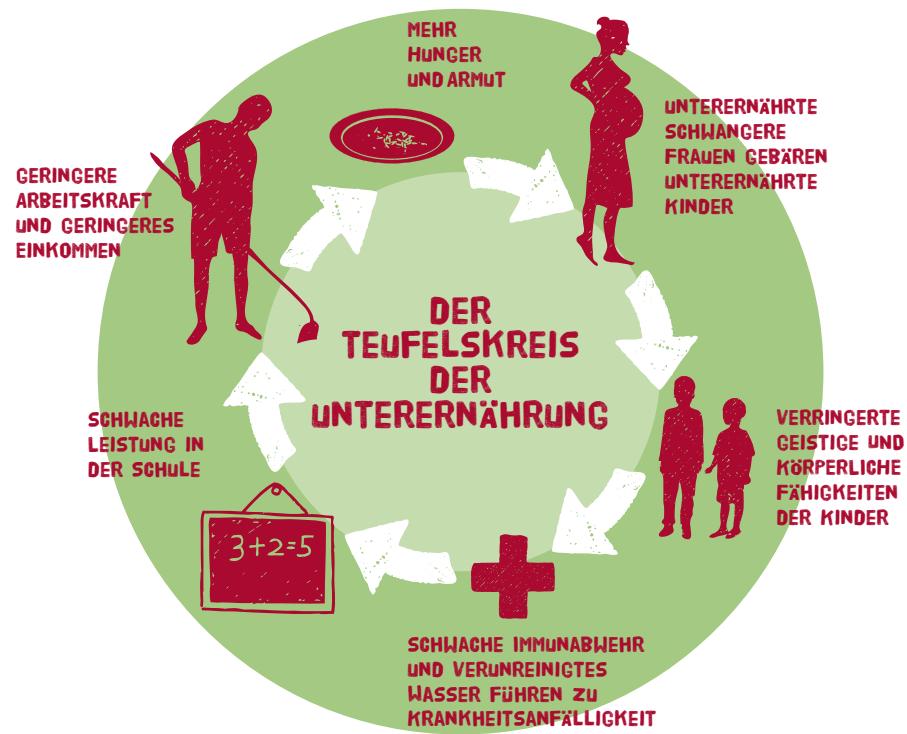


Eine Gruppe Frauen hat die Ernte eines Bauern in Haiti gekauft. Sie ernten die Karotten und verkaufen sie auf den umliegenden Märkten weiter.

die wichtigen Nährstoffe enthalten. Die optimale Kombination ist entscheidend, um eine ausgewogene Nährstoffversorgung sicherzustellen. Je nach Region, Klimazone und kulturellen Gebräuchen kann diese Mischung sehr unterschiedlich aussehen. Lebensmittel müssen frei sein von Kontaminationen aus Anbau, Lagerung und Verarbeitung und zugänglich und bezahlbar auch für ärmere Menschen.

Große Ungleichheit zwischen einzelnen Ländern und innerhalb der Bevölkerung machen es schwer, die Empfehlungen umzusetzen. Unterernährung und Übergewicht existieren inzwischen gleichzeitig in den meisten Ländern weltweit. Unterschiedlich ist nur die Anzahl der Betroffenen. In Europa, Ozeanien und weiten Teilen Amerikas gibt es vornehmlich Übergewicht und Fettleibigkeit. In anderen Ländern sind weite Teile der Bevölkerung unterernährt, während gleichzeitig in den Städten Menschen mit Übergewicht leben. Mangel an wichtigen Mikronährstoffen wie Jod und Eisen sind überall verbreitet. All diese Formen von Fehlernährung belasten die Betroffenen, Volkswirtschaften und Gesundheitssysteme stark.

Langfristige Programme, die auf Ernährungsbildung und Verhaltensänderung abzielen, können zu einer Verbesserung der Ernährung beitragen. Als erfolgreich hat sich zum Beispiel erwiesen, bei der Ernährung im Säuglings- und Kleinkindalter anzusetzen. In den ländlichen Gebieten Haïti wissen nur wenige Menschen, dass die



schlechte Gesundheit eines sehr dünnen Kindes unter anderem auf zu frühes Abstillen sowie eine mangelhafte und einseitige Ernährungsweise zurückzuführen ist. Diese Kindern wird ein traditionelles Amulett um den Hals gehängt, um sie vor dem „Geist“ zu beschützen, der die Unterernährung auslöst. Da die Ursache im übernatürlichen Bereich vermutet wird, bekommen die Kinder kein besseres Essen und die Familie

holt auch keinen Rat im Gesundheitszentrum ein. In solchen Fällen kann Aufklärung helfen.

Das Wissen um eine gute Ernährung alleine reicht jedoch nicht aus. Kulturelle Vorlieben und Tabus, der persönliche Geschmack, zeitliche Zwänge bei der Zubereitung von Mahlzeiten sowie die Kosten, der Anbau und die saisonale Verfügbarkeit von Lebensmitteln bestimmen den Konsum und

Was ist Hunger?

Hunger beschreibt das subjektive Empfinden nach einer gewissen Zeit des Nahrungsverzugs. Die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (Food and Agriculture Organization – FAO) definiert Hunger rechnerisch als eine Versorgung von unter 1800 Kilokalorien pro Person und Tag, dem absoluten Minimum an Nahrungsenergie, das durchschnittlich jeder Mensch unab-

hängig von Geschlecht, Alter, Statur und körperlicher Aktivität für ein gesundes Leben benötigt. Derzeit leiden rund 690 Millionen Menschen weltweit unter Hunger.

Messbare Symptome der **Unterernährung** sind das Ergebnis von unzureichender Nahrungsaufnahme oder mangelhaften Gesundheits- und Hygienebedingungen, die den Körper daran hindern, die auf-

genommene Nahrung angemessen zu verwerten.

Fehlernährung umfasst als Überbegriff die verschiedenen Formen eines gestörten physiologischen Zustands der Unterernährung, Überernährung oder eines Mikronährstoffmangels durch unzureichende, unausgewogene oder übersättige Aufnahme von Makro- und/oder Mikronährstoffen.

Überernährung tritt auf, wenn die Aufnahme von Nahrungsenergie kontinuierlich den Bedarf übersteigt.

Reicht die zur Verfügung stehende Nahrung nicht aus, um den Bedarf an wichtigen Vitaminen und Mineralstoffen – wie etwa Jod und Eisen – zu decken, spricht man von Mikronährstoffmangel oder „**verstecktem Hunger**“ (siehe auch Sabine Balk, S. 27). Mikronährstoffmangel kann Wachstum, Immunfunktion, kognitive Entwicklung sowie Fortpflanzungs- und Arbeitsfähigkeit von Menschen beeinträchtigen. Mikronährstoffmangel tritt häufig auch bei Menschen mit Übergewicht oder Fettleibigkeit auf. sw

den Abwechslungsreichtum auf dem Teller entscheidend mit.

Für viele Menschen in Entwicklungsländern geht es im täglichen Leben vorrangig darum, satt zu werden. Wenn das Familieneinkommen zum größten Teil für die Beschaffung von Nahrungsmitteln verwendet wird, wollen viele Menschen möglichst viel Essen für möglichst wenig Geld bekommen. Frisches Obst, Gemüse und tierische Lebensmittel sind für sie oft unerschwinglich. Stattdessen greifen sie zu kohlenhydratreichen Grundnahrungsmitteln oder günstigen Fertigprodukten. Dies führt langfristig zu Fehlernährung.

NAHRUNGSERGÄNZUNGSMITTEL SIND KEIN ERSATZ

Bei akutem und chronischem Mangel an Mineralstoffen und Vitaminen, aber auch in besonderen Lebenssituationen wie Schwangerschaft und Stillzeit können Nahrungsergänzungsmittel durchaus helfen. Angereicherte oder fortifizierte

Grundnahrungsmittel sorgen für eine breite Verteilung von Mikronährstoffen in der Bevölkerung. Allerdings ersetzen sie keine abwechslungsreiche Kost. Ein Lebensmittel ist mehr als die Summe seiner Nährstoffe. Es gibt eine Vielzahl an sekundären Pflanzenstoffen, die positive Wirkungen auf den Stoffwechsel und präventive Eigenschaften haben und die nur in natürlichen Lebensmitteln enthalten sind. Mineralstoffe und Vitamine sind in echten Nahrungsmitteln oft so „verpackt“, dass der Körper sie langsam aufnehmen kann. Dagegen werden falsche Dosen an Nahrungsergänzungsmitteln rasch ausgeschieden und erzielen keinen Effekt im Menschen.

Mikronährstoffgaben bekämpfen außerdem nicht die strukturellen Ursachen von Mangelernährung. Dafür braucht es vor allem wirkungsvolle politische Strategien, die auf eine gesunde Ernährung ausgerichtet sind. Langfristig angelegte Aufklärungs- und Schulungskampagnen im Bereich der Ernährungsbildung können eingeschliffene Verhaltensweisen verbessern. Die Kosten

für gesundes Essen sind maßgeblich für die Abwechslung auf dem Teller. Hier tragen Regierungen sowie Nahrungsmittelproduzenten große Verantwortung: Sie müssen dafür sorgen, dass das, was eine gesunde Ernährung ermöglicht, auch im letzten Winkel der Erde verfügbar und erschwinglich ist.

In Haiti zeigen sektorübergreifende Ansätze, die nachhaltige Landwirtschaft, verbesserte Hygiene, sauberes Trinkwasser und Ernährungsbildung miteinander verknüpfen, gute Erfolge. Ziel ist es, lokale und regionale Autoritäten stärker in die Planung und Umsetzung dieser Maßnahmen einzubeziehen. Doch erst wenn die Politik und die Menschen gute Ernährung als wichtiges Thema ansehen, verbessert sich die Ernährungssituation dauerhaft.



SIMONE WELTE
ist Nutrition Advisor bei der
Welthungerhilfe.
*simone.welte@
welthungerhilfe.de*

LEBENSMITTELKONZERNE

Profit vor Gesundheit

Drei Milliarden Menschen weltweit können sich laut dem neusten Welthunger-Bericht der Welternährungsorganisation FAO keine gesunde und ausgewogene Ernährung leisten. Dabei geht es nicht nur um die Überwindung von Hunger im engeren Sinn, sondern um Fehlernährung. Lebensmittelkonzerne tragen systematisch dazu bei, gesunde Ernährung zu unterlaufen.

Von Sarah Schneider und Armin Paasch

Das Politikfeld Ernährung ist ein umkämpftes Terrain, wo Akteure und Initiativen der Vereinten Nationen, Regierungen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft mit unterschiedlichen Interessen und Lösungsansätzen aufeinandertreffen. Das Spannungsfeld bewegt sich zwischen nahrungsmittelbasierten Maßnahmen (wie die Anreicherung

von Lebensmitteln mit Mikronährstoffen) und ganzheitlichen Strategien. Letztere ziehen darauf ab, die strukturellen Ursachen von Hunger und Fehlernährung zu überwinden und gesunde Ernährungssysteme zu fördern – zum Beispiel durch Landreformen und die Unterstützung einer bäuerlichen Landwirtschaft, die vielfältige und gesunde Lebensmittel erzeugt.

Jeder dritte Mensch weltweit leidet an einer Form von Fehlernährung: entweder an Unterernährung, Überernährung und/oder Mangelernährung, dem sogenannten „versteckten Hunger“ (siehe Beiträge von Simone Welte auf S. 20 und von Sabine Balk auf S. 27 in diesem e-Paper). Eine problematische Rolle spielen dabei transnationale Lebensmittelkonzerne, die ihre Absatzmärkte in Entwicklungsländern und Schwellenländern vergrößern wollen.

Nestlé, Coca-Cola und Unilever passen dafür ihre Produktpreise an die weniger kaufkräftige, aber große Gruppe dieser Weltbevölkerung an. Viele Menschen essen noch immer Lebensmittel, die sie selbst herstellen oder auf kleinen, lokalen Märkten kaufen. Gleichzeitig sind für viele Menschen, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land, zunehmend qualitativ minderwertige, hochverarbeitete Nahrungsmittel oder einfach nur Junk Food verfügbar. Diese gaukeln zwar eine Produktrivalität vor, sie beinhalten aber meist nur wenige, billige Inhaltsstoffe wie gesättigte Fette, Öle, raffinierte Stärke und Zucker. Mit Werbung und raffinierten Vermarktungsstrategien haben sich diese Produkte bis in entlegene Dörfer durchgesetzt.

MILCHPULVER STATT MUTTERMILCH

Nestlé hat bereits früh im 20. Jahrhundert einen globalen Markt für Produkte auf Milchpulver-Basis erschlossen, darunter auch Muttermilchersatzprodukte, mit teils schwerwiegenden Folgen für die Gesundheit vieler Kinder in Ländern des globalen

Südens. 2010 wies die WHO darauf hin, dass 1,5 Millionen Kinderleben jährlich gerettet werden könnten, wenn Frauen mehr und länger stillten und die ergänzende Ernährung verbessern würden. Dass dies nicht gelingt, daran trägt der WHO zufolge die unangemessene Vermarktung und Bewerbung von Muttermilchersatzprodukten eine Mitschuld.

Eine Untersuchung von Save the Children hat aufgezeigt, dass sechs Unternehmen, darunter Nestlé, Danone, RB, Abbott, FrieslandCampina und Kraft Heinz, Muttermilchersatz-Produkte und andere Säuglingsnahrung besonders aggressiv vermarkten.

Auch der Verkauf von Süßgetränken ist ein lukratives Geschäft. Im Jahr 2019 nahm die Coca-Cola Company weltweit rund 37 Milliarden US-Dollar ein. Die Marktführer sind Coca-Cola und PepsiCo – so auch in Mexiko, dem Land mit dem höchsten Verbrauch an kohlensäurehaltigen Erfrischungsgetränken. Rund 70 Prozent des Zuckerkonsums der Mexikanerinnen und Mexikaner erfolgt über Süßgetränke.

Seit den 1990er Jahren hat sich das mexikanische Ernährungssystem stark gewandelt, was einen überproportionalen Anstieg von Fehlernährung, Fettleibigkeit und Diabetes zur Folge hatte. Der Verkauf industriell verarbeiteter Lebensmittel, darunter Backwaren, Milchprodukte, Snacks und Junk Food, stieg jährlich um fünf bis zehn Prozent. Traditionelle, kleine Lebensmittelgeschäfte wurden verdrängt, dafür explodierte die Zahl der Supermärkte und Discounter.

In Mexiko sind sieben von zehn Erwachsenen übergewichtig oder fettleibig sowie 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen. Gleichzeitig ist eins von acht Kindern unter fünf Jahren chronisch unterernährt. Besonders betroffen sind Kinder in ärmeren, ländlichen Regionen. Schätzungen legen nahe, dass mehr als 40 000 Todesfälle jährlich mit dem Konsum von Süßgetränken zusammenhängen. In der Covid-19-Pandemie machen Diabetes und Übergewicht die mexikanische Bevölkerung besonders vulnerabel – dem Nationalen Institut für öffentliche Gesundheit zufolge litt ein Drittel der Personen, die an Covid-19 starben, an Diabetes und ein Viertel an Übergewicht.

Um den Konsum von Süßgetränken in Mexiko einzudämmen, erließ Mexiko als

erstes Land auf dem amerikanischen Kontinent ein Gesetz zu deren Besteuerung. Dieses machte zuckerhaltige Getränke ab Januar 2014 einen Peso pro Liter teurer, was einer Preiserhöhung von etwa zehn Prozent entspricht. Die WHO und andere Organisationen empfehlen eine Besteuerung von mindestens 20 Prozent. Grund für die niedrig angesetzte Besteuerung in Mexiko war der Druck von Seiten der Industrie (s. Sonja Peteranderl in E+Z/D+C e-Paper 2017/06, Tribüne, und Interview mit Alejandro Cal-

vorgesetzte Steuer am Widerstand der Getränkeindustrie.

POLITISCHE EINFLUSSNAHME

Konzerne des Agribusiness und der Ernährungsindustrie haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend als Kooperationspartner im „Kampf gegen den Hunger“ und als zentrale Akteure in der globalen Ernährungspolitik etabliert. Es geht Konzernen wie Bayer, Monsanto, Nestlé oder



Coca-Cola und andere Konzerne vermarkten ihre Produkte aggressiv in Entwicklungs- und Schwellenländern wie hier in Nairobi, Kenia.

villo in E+Z/D+C e-Paper 2018/03, Schwerpunkt).

Die durch die Steuer eingenommenen Gelder sollen für Präventionsmaßnahmen eingesetzt werden. Dazu zählt beispielsweise der Bau von 40 000 Trinkwasserbrunnen in Schulen. Bis heute wurden allerdings nur 11 000 Trinkbrunnen installiert. Im Anschluss an Mexiko haben 23 weitere Länder und acht Gerichtsbarkeiten in den USA eine Steuer auf Süßgetränke verabschiedet. Allerdings waren nicht alle Versuche erfolgreich. In Kolumbien scheiterte die

PepsiCo nicht mehr allein darum, durch Lobbyarbeit von außen politische Strategien und Entscheidungen von Staaten oder Organisationen wie WHO oder FAO zu beeinflussen. Sie sind inzwischen selbst an Gremien und Initiativen beteiligt, in denen über Ernährungspolitik entschieden wird. Da es Regierungen und UN-Organisationen zunehmend an finanziellen Mitteln fehlt, ist die Offenheit für die Kooperation mit zahlungskräftigen Wirtschaftsunternehmen groß. Die Bedenken wegen möglicher Interessenskonflikte bei der Zusammenarbeit

mit profitorientierten Akteuren werden zurückgestellt.

Eine Rolle als Türöffner für Konzerne spielt die Bill & Melinda Gates Foundation. Sie initiiert Allianzen, insbesondere sogenannte Multi-Stakeholder-Plattformen, die Konzerne und Politik zusammenbringen. Ein Beispiel dafür ist die Global Alliance for Improved Nutrition (GAIN), welche mit 600 privaten Unternehmen weltweit zusammenarbeitet, Public-Private Partnerships finanziert und aktiv für die Harmonisierung nationaler Politiken zur Nahrungsmittelreicherung lobbyiert.

Anreicherung (Fortifizierung) wird von GAIN als „kosteneffizientestes Mittel

gegen Mangelernährung“ deklariert. Damit einher geht die Forderung, mehr öffentliches Geld solle in Fortifizierungsprogramme fließen. Im Jahr 2012 versuchte GAIN, die kenianische Regierung davon abzuhalten, mit dem Breast milk Substitutes (Regulation and Control) Act 2012 eine starke Regulierung künstlicher Babynahrung einzuführen. GAIN versuchte in einem Policy Briefing, den Gesetzesentwurf zu schwächen mit dem Argument, das Gesetz würde die Umsetzung von Kenias Verpflichtungen als Mitgliedsland der Scaling Up Nutrition (SUN)-Initiative behindern.

Die Scaling Up Nutrition (SUN)-Initiative wurde im Jahr 2010 gegründet. Sie ver-

folgt inhaltlich eine ähnliche Agenda wie GAIN, nur dass dies im Namen und mit der Autorität von inzwischen über 50 Regierungen und UN-Organisationen wie Weltbank, UNICEF, dem Welternährungsprogramm WFP und der Weltgesundheitsorganisation WHO geschieht. Das SUN Business Network wurde 2012 von GAIN und dem Welternährungsprogramm gegründet, um das Engagement des Privatsektors in SUN zu fördern.

Mittlerweile sind in diesem mehr als 400 Firmen aktiv. Über die Unternehmen will das SUN Business Network 1,3 Milliarden Menschen zwischen 2013 und 2020 erreichen. BASF hat als Mitglied beispiels-

Handelsabkommen als Türöffner

Als wichtiger Türöffner zur Markterschließung für die Fertigprodukte transnationaler Lebensmittelkonzerne fungieren häufig bilaterale Handelsabkommen. Beispiel Milchpulver: Bereits zwischen 2008 und 2018 sind die EU-Exporte von Magermilchpulver, das mit Pflanzenfett angereichert ist, nach Westafrika um 234 Prozent gestiegen. Konzerne wie Lactalis, (Frankreich), Nestlé (Schweiz) und Milcobel (Belgien) verpacken dieses Milchpulver in ihren westafrikanischen Werken um und vermarkten es dort – auch aufgrund von EU-Agrarsubventionen – zu Dumpingpreisen.

Häufig werden diese Ersatzstoffe auf den Verpackungen nicht als solche gekennzeichnet, haben aber nicht denselben Nährwert wie Vollmilch. Zugleich wird dadurch lokalen Milchviehhaltern die Vermarktung ihrer Vollmilch erschwert und ihr Recht auf Nahrung gefährdet. Das geplante Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) der EU mit dem westafrikanischen

ECOWAS-Raum könnte die Problematik verschärfen, weil es eine Beseitigung entsprechender Importzölle innerhalb von fünf Jahren verpflichten würde. Ghana hat dies bereits in einem eigenen Interim-EPA bis 2021 zugesagt.

Allerdings geht es nicht allein um Agrarzölle, sondern auch um Bestimmungen zu Dienstleistungen und Investitionen. Diese erleichtern die

Ausbreitung europäischer und US-amerikanischer Supermarktketten und verbessern damit die Vermarktungschancen transnationaler Lebensmittelkonzerne. Bei den 2007 begonnenen Verhandlungen um ein Handelsabkommen mit Indien gehörte es zu den obersten Prioritäten der EU, in den Investitionsbestimmungen die Niederlassung europäischer Supermarktketten wie Carrefour, Tesco oder der deutschen Metro-Gruppe in Indien zu ermöglichen. Dies rief nicht nur massive Proteste indischer

Straßenhändler, sondern auch von Bauernorganisationen her vor, die eine Verdrängung auch durch europäische Fertigprodukte befürchteten. 2013 wurden die Verhandlungen ausgesetzt, allerdings hat die EU unlängst ihre Absicht bekräftigt, sie wieder aufzunehmen.

Eine Grundsatzeinigung über ein Handelsabkommen hat die EU dagegen bereits im Juni vergangenen Jahres mit den Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay erzielt, die dem regionalen Zusammenschluss MERCOSUR angehören. Eine baldige Ratifizierung ist jedoch sehr ungewiss. Das Abkommen enthält ein Dienstleistungskapitel, das die Ansiedlung europäischer Supermarktketten in Paraguay und möglicherweise Uruguay erleichtern könnte, während aus den MERCOSUR-Ländern vor allem Agrarrohstoffe und Biotreibstoffe exportiert würden. Lokale Ernährungssysteme und das Recht auf Nahrung insbesondere von vulnerablen Gruppen wie indigene Gemeinden und Landlose, die unter der Expansion des Agribusiness leiden, werden dabei nicht berücksichtigt.



Ein Händler in Burkina Faso verkauft niederländische Produkte, darunter Milchpulver, in seinem kleinen Laden.

weise die Aufgabe übernommen, jedes Jahr 60 Millionen Menschen mit angereicherten Grundnahrungsmitteln zu versorgen, und Hexagon Nutrition will 100 Millionen Päckchen mit Mikronährstoffpulver in Afrika, Lateinamerika und Asien verteilen.

Eine Studie der Menschenrechtsorganisation FIAN, die die Arbeit von SUN in drei Ländern untersucht hat, kommt zu dem Schluss, dass SUN der Privatwirtschaft

hilft, auf die öffentliche Lebensmittel- und Ernährungspolitik Einfluss auszuüben. So setzen Länder vor allem kurzfristige, technische Interventionen, von denen Unternehmen profitieren können, um Staaten laufen so Gefahr, auf Strategien zu verzichten, die die eigentlichen Ursachen von Hunger und Fehlernährung angehen, wie Armut, Diskriminierung, niedrige Löhne, Ausbeutung, Landraub und missbräuchliche Vermarktung von Nahrungsmitteln.



SARAH SCHNEIDER
ist Referentin für Ernährung
bei Misereor.

sarah.schneider@misereor.de



ARMIN PAASCH
ist Referent für Wirtschaft und
Menschenrechte bei Misereor.

armin.paasch@misereor.de

LEBENSWANDEL

Anlass zu weltweiter Sorge

Ein wachsender Anteil der brasilianischen Bevölkerung ist fettleibig. Gesündere Ernährung würde helfen – aber Lebensgewohnheiten lassen sich nicht leicht ändern.

Von Thuany Rodrigues

1996 waren 12,7 Prozent der erwachsenen Brasilianer fettleibig, 2016 – zwei Jahrzehnte später – betrug die Quote 22,1 Prozent, fast doppelt so viel. Das besagen jedenfalls

Statistiken der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development – OECD).

Fettleibigkeit bedeutet nicht einfach, dass ein Mensch Übergewicht hat, sondern dass das Körperfett mit großer Wahrscheinlichkeit die Gesundheit schädigt. Zu den Folgeproblemen gehören Bluthochdruck, Herzinfarkte, Schlaganfälle, Krebs, Diabetes und Gelenkschmerzen. Auch Schlafstörun-

gen und Depressionen sind verbreitet. Die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) bezeichnet Menschen mit einem Body-Mass-Index von 30 oder mehr als fettleibig. Bereits ab einem Wert von 25 spricht die WHO von Übergewicht.

Laut einer im vorigen Jahr veröffentlichten Erhebung des brasilianischen Gesundheitsministeriums sind 25,4 Prozent der Frauen und 18,5 Prozent der Männer im Land fettleibig, wobei über die Hälfte der Erwachsenen Übergewicht hat. Als besonders besorgniserregend gilt, dass zunehmend auch junge Leute betroffen sind. 2019 hatte eins von drei brasilianischen Kindern Übergewicht, wie Daten von Sisvan, einem staatlichen Monitoringsystem zu Ernährungsfragen, ergeben.

Das Gesundheitsministerium betreibt ein weiteres Monitoringsystem namens Vitalit, um chronische Erkrankungen zu dokumentieren. Seinen Daten zufolge sind 7,7 Prozent der Erwachsenen Diabetiker, und 24,7 Prozent leiden unter Bluthochdruck. Übergewicht haben drei Viertel beider Patientengruppen.

Diese Gesundheitsprobleme haben unmittelbar mit dem Lebenswandel zu tun, denn ursächlich sind schlechte Ernährung und zu wenig Bewegung. Es ist ungesund, zu viel Zucker, Fett und Kohlenhydrate zu essen. Dazu tragen aber Fertiggerichte und Süßigkeiten bei, die aggressiv beworben werden. Kinder und Jugendliche sind dabei häufig die Zielgruppe.

Die brasilianischen Daten entsprechen internationalen Trends. Die WHO spricht von einer globalen Epidemie der Fettleibigkeit. Experten sind sich international einig, dass es nicht nur um individuelle Konsumentscheidungen geht, denn politische, ökonomische, soziale und kulturelle



Es gibt immer mehr übergewichtige Brasilianer: Fußballfans 2014 in Porto Seguro.

Faktoren haben großen Einfluss darauf, welche Vorlieben und Gewohnheiten Menschen entwickeln. Aus WHO-Sicht sollte die Politik dafür sorgen, dass Menschen gesunde Entscheidungen leichter fallen.

EHRGEIZIGER PLAN

Brasilianische Behörden wollen den Trend zur schlimmer werdenden Fettleibigkeit stoppen. Das war ein Thema von Plasan, dem nationalen Plan zur Nahrungs- und Ernährungssicherung, für die Jahre 2016 bis 2019. Er wurde von der Mitte-links-Regierung der früheren Präsidentin Dilma Rousseff beschlossen. Zu den Zielen gehörte:

- die wachsende Inzidenz von Fettleibigkeit in der erwachsenen Bevölkerung zu stoppen,
- den regelmäßigen Konsum von Limonaden und künstlichen Säften zu begrenzen und
- den Anteil der Erwachsenen, die regelmäßig Obst und Gemüse essen, zu vergrößern.

Wie ein 2018 veröffentlichter Bericht zeigte, flossen aber bei der Plasan-Implementierung fast 90 Prozent der Mittel in Maßnahmen, die den Zugang armer Individuen und Familien zu ausreichender und gesunder Ernährung sicherstellen sollten. Dabei wurde besonders auf extrem arme Gruppen oder auch Senioren geachtet. Gesündere Diäten bekamen dagegen nicht viel Aufmerksamkeit.

Das hatte unter anderem damit zu tun, dass Brasilien eine schwere Wirtschaftskrise durchmachte, in deren Verlauf die Armut zunahm. Ende 2019 lebten offiziellen Schätzungen zufolge wieder etwas mehr als 6,5 Prozent der Bevölkerung in extremer Armut.

Reformen innerhalb der Verwaltung liefen zudem unter dem aktuellen Präsidenten Jair Bolsonaro darauf hinaus, das Plasan nicht weiter verfolgt wurde. Eine Neuauflage für die Jahre 2020 bis 2023 wird nicht vorbereitet, obwohl zivilgesellschaftliche Organisationen Interesse daranbekundet haben.

Die Covid-19-Krise verschärft die Probleme. Normalerweise bekommen 40 Millionen Kinder und Jugendliche täglich in öffentlichen Schulen Mahlzeiten. Im Lockdown fällt das aber ebenso aus wie der Unterricht. Die Bolsonaro-Regierung

hat allerdings Sondergenehmigungen für Lebensmittelzuteilungen an die Eltern und Vormünder der betroffenen Schüler und Schülerinnen erteilt – mit positiven Nebenwirkungen auf die Einkommen von Produzenten, einschließlich kleiner Bauernhöfe. Der rechtspopulistischen Regierung ist es wichtiger, als aktiv im Kampf gegen Hunger und bei der Förderung der Landwirtschaft wahrgenommen zu werden, als komplexe Gesundheitsprobleme anzugehen.

Generell redet der Präsident die Pandemie klein (siehe meinen Beitrag im Covid-19-Tagebuch von E+Z/D+C e-Paper 2020/06). Lockdowns wurden von Gremien auf subnationaler Ebene (Kommunen und Landesregierungen) beschlossen. Die Website Woldometer meldete für Brasilien Mitte Oktober fast 5,4 Millionen Infektionen und mehr als 150 000 Tote. Nur in den USA waren mehr Patienten dem Coronavirus erlegen.

Auch die Volkswirtschaft ist hart getroffen. Die Weltbank schätzt, dass die Zahl der extrem Armen in unserem Land bis zum Jahresende auf knapp 15 Millionen steigen wird. Das wäre ein Zuwachs um fast 50 Prozent in diesem Jahr.

WACHSENDES BEWUSSTSEIN

Positiv ist jedoch, dass viele Brasilianer mittlerweile auf Gesundheit achten. Sie interessieren sich für einschlägige Informationen. Fast 40 Prozent treiben beispielsweise regelmäßig in der Freizeit Sport. Vielen ist auch klar, dass gute Ernährung die körperliche Fitness unterstützt, wobei ausgewogene Diäten selbstverständlich nicht nur für Amateurathleten gut sind. Monyke Lopes, eine auf Ernährungsfragen spezialisierte Heilpraktikerin, sagt, das öffentliche Bewusstsein für solche Dinge wachse, wobei manche Menschen leider weiterhin ignorant blieben.

Sie betont aber auch, dass viele Dinge Lebensmittelentscheidungen beeinflussen. Dabei spielt der sozioökonomische Status eine sehr große Rolle. Haushalte mit niedrigen Einkommen könnten sich eine ausgewogene Ernährung oft nicht leisten, da gesunde Produkte wie etwa Bio-Obst und -Gemüse teuer seien. Das gelte ebenso für proteinreiche Waren wie mageres Fleisch und Fisch. Allzu oft bestehe die Ernährung armer Haushalte vor allem aus Kohlehydrat-



aten sowie Süßigkeiten als Nachtisch oder zwischendrin. Andererseits fehle vielen berufstätigen Müttern auch die Zeit zum Kochen, sodass sie ihren Familien Fertiggerichte kaufen, die typischerweise zu viel Zucker, Salz und Fett enthalten.

Bei Kindern und Jugendlichen ist Fettleibigkeit besonders problematisch, denn sie entwickeln früh ungesunde Gewohnheiten. Personen, die schon in jungen Jahren fettleibig sind, leiden auch mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit früher an Folgeerkrankungen.

Auch diesbezüglich gibt es internationale Anlass zu Sorgen. Eine Gemeinschaftsstudie von WHO und dem Londoner Imperial College hat 2017 ergeben, dass sich die Zahl der fettleibigen Kinder und Jugendlichen weltweit in den vergangenen 40 Jahren verzehnfacht hat. Die Autoren warnten, die aufgezeigten Trends würden, sollten sie konstant bleiben, Fettleibigkeit in der jungen Generation schon 2022 zu einem größeren Problem als Mangelernährung machen.

Aus Sicht der Heilpraktikerin Lopes bewegten sich brasilianische Kinder im Alltag nur wenig, sie schauten viel fern und beschäftigten sich mit ihren Mobiltelefonen. Fast Food sei in dieser Altersgruppe sehr beliebt, Gemüse hingegen werde kaum gegessen. Lopes überrascht es nicht, dass die Hälfte ihrer Patientinnen und Patienten abnehmen wolle und/oder unter einer chronischen Krankheit leide. Gesundheit und gesunde Ernährung müssten im Schulunterricht thematisiert werden, urteilt Lopes.



THUANY RODRIGUES
ist Journalistin und lebt in Rio de Janeiro.

thuanyrodrigues@gmail.com



Eine Frau holt sich ein Lebensmittelpaket im Township KwaZulu Natal in Durban, Südafrika, ab, das eine Vereinigung gegen verborgenen Hunger bereitstellt.

NÄHRSTOFFMANGEL

Hunger ohne Hungergefühl

Milliarden von Menschen leiden unter einem Hunger, den sie nicht spüren: Der sogenannte „verborgene Hunger“ oder „Hidden Hunger“ ist die Unterversorgung mit lebenswichtigen Mikronährstoffen. Dies ist ein Problem in der reichen, vor allem aber in der armen Welt. Der deutsche Ernährungsmediziner Hans K. Biesalski zählt weltweit zu einem der führenden Experten für dieses Thema, und hat mehrere Standardwerke dazu verfasst.

Von Sabine Balk

Biesalski will zuallererst aufklären: Die chronische Mangelernährung werde häufig übersehen, da sie sich lange nicht in einer Krankheit äußert. Dabei sind die Folgen gravierend: Bei Kindern kommt es zu einer eingeschränkten körperlichen wie geistigen Entwicklung. Die Sterblichkeit ist um ein Vielfaches höher als bei gesund ernährten Kindern. Bei Erwachsenen ist das Immunsystem gestört, und vor allem bei schwangeren Frauen hat der verborgene Hunger (zum

Beispiel Eisenmangel) eine erhöhte Sterblichkeit während und kurz nach der Geburt zur Folge.

Wenn der verborgene Hunger sichtbar wird, so drückt er sich in schweren Formen eines Defizites aus und ist laut Biesalski zu 90 Prozent in Entwicklungsländern zu finden. Spezifische Anzeichen sind Skorbut bei Vitamin-C-Mangel, Rachitis bei Vitamin-D- und Nachtblindheit bei Vitamin-A-Mangel. Für viele andere Mikronährstoffe sind Mangelmerkmale jedoch nicht bekannt oder sehr unspezifisch. Wie viele Betroffene unter Hidden Hunger leiden und es nicht oder noch nicht wissen, kann nur geschätzt werden. Biesalski nennt etwa 2 Milliarden Menschen, die an Eisen-, und eine Milliarde, die an Zinkmangel leiden.

Eine Ursache für Hidden Hunger sei, so der Wissenschaftler, dass bis heute ein Drittel der Weltbevölkerung sich zu einseitig ernähre. Diese Menschen decken etwa 80 Prozent des täglichen Kalorienbedarfs allein mit den Grundnahrungsmitteln Reis, Mais und Weizen. Diese Getreide enthalten

wichtige Makronährstoffe (Fett, Eiweiß, Kohlenhydrate), jedoch kaum Mikronährstoffe (Vitamine, Minerale, Spurenelemente, einige Aminosäuren). Biesalski betont aber, dass beide Stoffe überlebenswichtig sind.

Makronährstoffe werden auch als energieliefernde Bestandteile der Nahrung bezeichnet, während die essenziellen Mikronährstoffe zwar keine Energie liefern können, aber für viele Stoffwechselprozesse und Funktionen des Organismus unentbehrlich sind. Während der Organismus die Unterversorgung mit Makronährstoffen sehr effektiv zu verhindern weiß, indem er Hunger signalisiert, gibt es – nach heutigem Wissensstand – für eine Unterversorgung mit essenziellen Mikronährstoffen kein körpereigenes Alarmsignal.

Besonders schwer trifft die Fehlernährung Kinder, schreibt Biesalski: Hinter jedem verhungerten Kind stünden „mindestens zehn weitere, deren Hunger oft erst wahrgenommen wird, wenn es zu spät ist“. Hunger, also chronische Mangel- oder Unterernährung, sei bei diesen Kindern kein vorübergehendes Gefühl, sondern ein Dauerzustand, den auch vorübergehende Lebensmittelhilfen nicht beheben könnten. Dem Wissenschaftler zufolge gibt es drei unterschiedlichen Phänotypen der Unterernährung:

- niedriges Gewicht im Verhältnis zur Körpergröße (wasting),
- nicht altersentsprechende (zu kleine) Körpergröße (stunting),
- nicht altersentsprechendes (zu niedrige) Körperfewicht (Untergewicht).

Die hohe Kinder- und Müttersterblichkeit in vielen Entwicklungsländern steht Biesalski zufolge „in direktem Bezug zur minderen Lebensmittelqualität“, also dem Hidden Hunger. Durch die Unterversorgung mit Vitamin A, Eisen und Zink wird die gesamte Abwehrkraft geschwächt. Das Immunsystem leidet ebenso, wie die für die Abwehr wichtigen Schleimhäute der Atemwege und des Darmtraktes. Die Folge sind häufige Infektionskrankheiten, die zu einer weiteren Schwächung beitragen. Atemwegserkrankungen zählen bei Kindern mit Mangelernährung zu den häufigsten schwerwiegenden Erkrankungen, die auch mit einer hohen Sterblichkeit verbunden seien. Der Wissenschaftler bilanziert: „Mehr als die Hälfte der Todesfälle könnten durch eine auch nur halbwegs ausreichende Er-

nährung der Mütter und Kinder vermieden werden.“

Der Wissenschaftler zeigt Strategien gegen den verborgenen Hunger auf, der zuallererst aus seiner Verborgenheit geholt werden müsse. Die kritischste Phase, in der Hidden Hunger Folgen für das gesamte weitere Leben eines Menschen habe, sei das sogenannte 1000-Tage-Fenster. Die ersten 1000 Tage im Leben einer Menschen würden darüber entscheiden, ob Kinder in ihrer Entwicklung beeinträchtigt sind und auch als Erwachsene häufiger an so genannten Zivilisationskrankheiten wie Diabetes und Bluthochdruck sowie Übergewicht leiden. Die ersten 1000 Tage unterteilt Biesalski in drei entscheidende Ernährungsphasen:

- Ernährung in der Schwangerschaft,
- Stillzeit,
- Zeit nach dem Stillen bis zum Ende des 2. Lebensjahres.

Biesalski hält in diesen Ernährungsphasen eine Supplementierung mit einzelnen Vitaminen oder Mineralien für durchaus sinnvoll, warnt aber auch vor den Risiken. Es könne zum Beispiel das Fehlen anderer Mikronährstoffe übersehen werden. Er plädiert daher dafür, am besten Multimikronährstoffe an junge Mädchen zu verabreichen, die mangelernährt sind und die potenziell schwanger werden können. Solche Maßnahmen sollten auch immer mit einer Ernährungsaufklärung verbunden sein, betont der Wissenschaftler. Sein Fazit lautet: Die sinnvollste und nachhal-

tigste Methode, um die Nahrhaftigkeit der Ernährung zu verbessern, bestehe darin, möglichst viele verschiedene natürliche Lebensmittel zu essen (siehe dazu auch Silke Stöber im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2020/01).

LITERATUR

Biesalski, H. K., 2012: *Der verborgene Hunger – Satt sein ist nicht genug*. Heidelberg, Springer. Auszüge aus dem Buch *Hidden Hunger sind hier zu finden: Biesalski, H. K., 2013: Ursachen, Folgen und Möglichkeiten zur Bekämpfung der Weltseuche Nährstoffmangel – Hidden Hunger*. In: Nova Acta Leopoldina NF 118, Nr. 400, 159–192. http://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/NAL_400_Book_gesamt_lowres_US.pdf

Rasant wachsende Armut

Die Weltbank geht davon aus, dass die Zahl extrem armer Menschen 2020 weltweit wegen Covid-19, Gewaltkonflikten und Klimakrise zunimmt. Diese Warnung prägt ihren kürzlich erschienenen diesjährigen Bericht über „Poverty and Shared Prosperity“.

Die Autoren schätzen, dass allein wegen der Coronavirus-Krise dieses Jahr 100 Millionen Menschen in extreme Armut fallen. Das ist eine rasante Zunahme, denn 2017 betrug die Gesamtzahl extrem Armer weltweit nicht ganz 690 Millionen. Sie war seit Langem rückläufig, wobei sich die Abnahme zuletzt verlangsamt hatte. Nun hat sich der Trend aber umgedreht, was selbstverständlich auch Folgen für die Ernährungssicherheit hat.

Die Klimakrise verschärft die Not, denn den Schätzungen zufolge werden im Laufe dieses Jahrzehnts bis zu weiteren 132 Millionen Menschen extreme Armut erleiden. Auch Gewaltkonflikte verursachen

neue Not, wobei sich die Auswirkungen der drei Grundprobleme laut Weltbank-Bericht wechselseitig verschärfen.

Die Armen seien weiterhin überwiegend jung, lebten im ländlichen Raum und hätten keine gute Ausbildung, schreiben die Autoren. Allerdings gebe es auch „neue Arme“ in Ballungsräumen, die von Beschäftigung im informellen Sektor, auf Baustellen und in Fabriken abhingen.

Der Alarm ist unmissverständlich und beruht auf detaillierten globalen Statistiken. Leider sind die vorgeschlagenen Gegenrezepte weniger überzeugend. Die Behauptung, Erfolg hänge von kompetenter und fokussierter politischer Führung ab, fällt nicht schwer. Gute Regierungsführung durchzusetzen ist aber alles andere als trivial. Der wichtigen Frage, weshalb viele Spitzenpolitiker keinen großen Wert auf Rechenschaftspflicht legen, geht der Bericht nicht nach. Aus diplomatischen

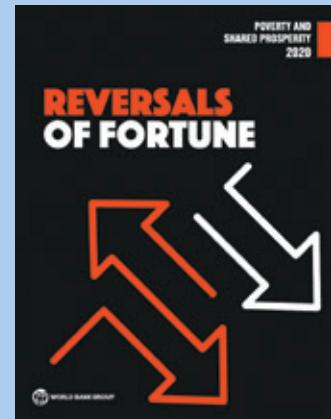
Gründen scheut sich die Weltbank grundsätzlich davor, explizit politische Dinge zu diskutieren.

Andererseits neigt sie seit Langem dazu, möglichst viel den Marktkräften zu überlassen. Entsprechend heißt es in der aktuellen Publikation, bedürftige Gruppen müssten identifiziert werden und dann gezielte Hilfe bekommen. Dieser Ansatz ist dreifach problematisch:

- Er erfordert einen hohen Verwaltungsaufwand,
- verwendet Finanzmittel für die Ausgrenzung unzureichend bedürftiger Menschen und
- sorgt bei diesen für Verärgerung.

Es ist teurer, aber politisch viel weniger konfliktträchtig, basale Sicherungssysteme zu schaffen, die tendenziell allen einen gewissen Schutz bieten. Nationbuilding profitiert davon auch (siehe meinen Beitrag im Monitor von E+Z/D+C e-Paper 2019/11).

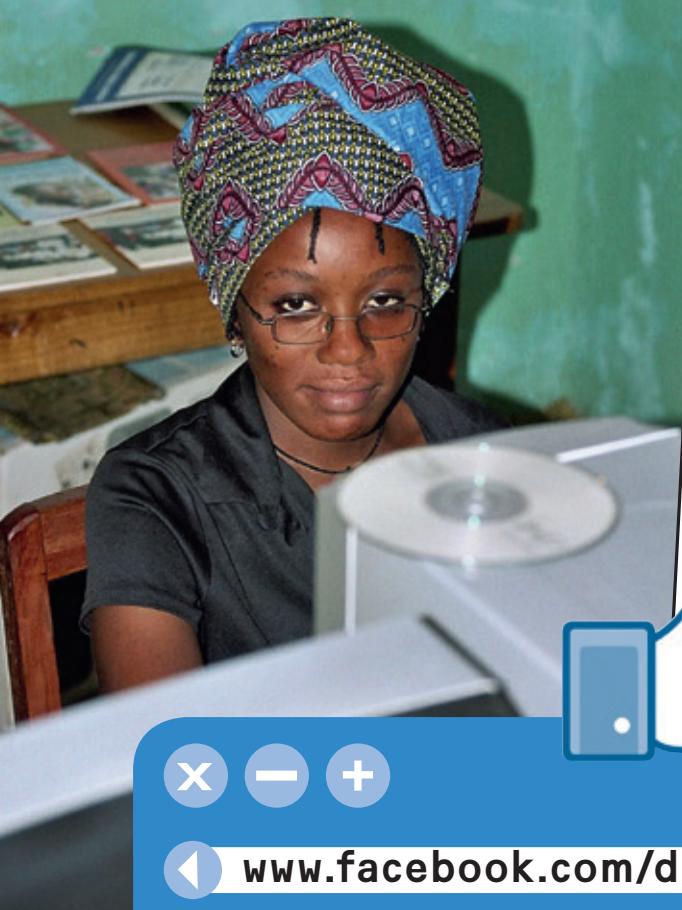
Der Report ist nicht leicht zu lesen. Die Weltbank entwickelt einen eigenen Fachjargon und ihr technokratischer Stil



verschleiert politische Spannungen. Beides ist in einer multilateralen Institution sicherlich ein Stück weit unvermeidbar. Klarere Botschaften würden aber der weltweiten Öffentlichkeit helfen, die Zusammenhänge zu verstehen – und sie würden mehr Druck in Richtung gute Regierungsführung erzeugen. dem

LINK

[World Bank, 2020: Reversals of fortune. Poverty and Shared Prosperity Report 2020.](https://www.worldbank.org/en/publication/poverty-and-shared-prosperity)
<https://www.worldbank.org/en/publication/poverty-and-shared-prosperity>



Werden Sie unser Fan auf Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

facebook



D+C Development
and Cooperation
[@development.and.cooperation](https://www.facebook.com/development.and.cooperation)

[Startseite](#)
[Beiträge](#)
[Fotos](#)
[Info](#)
[Community](#)
[Seite erstellen](#)



Beiträge

D+C D+C Development and Cooperation

22 Std. - 3

Disaster risk reduction policies to avoid effects, although the Covid-19 crisis might end soon – which is definitely not the case for the climate crisis.



DANDC.EU
Political activists in Zambia are using social media to
help fight a good way crises can help to improve
humankind's resilience

2

91

Gefällt mir

Gefällt mir

1 Mal gefällt

Kommentieren

Kommentieren

Teilen

Teilen

Community

Alle anzeigen

229.332 Personen gefällt das

229.333 Personen haben das abonniert

Info

Alle anzeigen

Contact @WIIH-D+C Development and Cooperation
Gesendet per Messenger

www.dandc.eu

Zeitschrift

f Seitentransparenz

Mehr anzeigen
Facebook: Infektion mit einem Virus ist bestätigt und das Internet wird keine Brüder mehr werden. Gehen Sie daher nicht zu viel Zeit, um die nächste Seite zu öffnen. Wenn Sie eine Seite öffnen möchten, dann posten Sie es dort.

Seite erstellt - 8. Januar 2014

Personen

229.332 „Gefällt mir“-Angaben

Ähnliche Seiten

Foto für die Zukunft der D+C
D+C Development and Cooperation



Coronakrise

Da E+Z/D+C vorrangig dauerhaft relevante Themen behandelt und nicht aktuell Bericht erstattet, waren wir auf Covid-19 noch weniger vorbereitet als andere. Wir haben aber auf www.dandc.eu ein Tagebuch eingerichtet, in dem Autoren von bislang vier Kontinenten über die Pandemie geschrieben haben. Hier folgen einige aktuelle Einträge. Da der Sachstand sich schnell ändern kann, ist das Erscheinungsdatum auf der Website maßgeblich.

Unser Web-Tagebuch: <https://www.dandc.eu/node/4306>



30. OKTOBER 2020

Bislang verschont



Maskentragen ist Pflicht.

Obwohl die Corona-Pandemie Indien schwer getroffen hat, sind unsere zwei Adivasi-Dörfer in Westbengalen bisher von Infektionen verschont geblieben. Die wirtschaftlichen Folgen spüren wir aber sehr wohl.

Von Boro Baski

Die Santal sind eine ethnische Minderheit der Adivasi, der Nachkommen der Ureinwohner des indischen Subkontinents. Rund 7,4 Millionen Santal leben in Ostindien, Bangladesch und Nepal. In unserem Distrikt in Westbengalen gibt es mehrere Santal-Dörfer. Wir benutzen dort Masken, halten Abstand und waschen uns regelmäßig die Hände – was gar nicht so einfach ist, da die Häuser kein fließendes Wasser haben.

Das hinduistische Kastensystem hat die Santal in der Vergangenheit auf Distanz gehalten. Hauptsächlich, aber nicht nur Angehörige hoher Hindu-Kasten haben unsere Nähe gemieden. Ihre Häuser und Grundstücke durften wir nicht betreten.

Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte sind diese Konventionen schwächer geworden, aber es gibt sie immer noch. Manche Brunnen dürfen wir nicht benutzen, abwertende Gesten und Beleidigungen sind nach

wie vor an der Tagesordnung. In der aktuellen Gesundheitskrise hat die Diskriminierung jedoch geholfen, unsere Dörfer von Infektionen freizuhalten.

Santal leben traditionellerweise in eng verbundenen Gemeinschaften zusammen. Abgesehen vom Kochen, Essen oder Schlafen, verbringen die Santal den größten Teil des Tages auf der staubigen Hauptstraße des Dorfes. Die Feldarbeit wird gemeinsam erledigt, und die Frauen verrichten ihre täglichen Arbeiten, zu denen beispielsweise das Sammeln von Feuerholz im Wald gehört, in Gruppen. Abstand zu halten ist sehr ungewohnt, aber die Menschen gewöhnen sich allmählich daran.

Auch das Tragen von Masken ist unbehaglich. Generell halten sich die Frauen eher daran als die Männer – denn sie übernehmen die Verantwortung für ihre Familien. Aus Angst vor Infektionen akzeptieren aber die meisten Menschen die Maskenpflicht, und die Polizei setzte sie in unserem Distrikt auch eine Zeitlang streng durch. Das ist jetzt nicht mehr so, und so sind auch manche Santal nachlässiger geworden.

Eine Zeitlang gab die Regierung von Westbengalen kostenlose Essensrationen aus. Das war für die Armen eine große Erleichterung. Manche Santal arbeiten als

Tagelöhner in den Städten, haben aber während des Lockdowns ihre Arbeit und ihr Einkommen verloren. Viele kehrten in ihre Heimatdörfer zurück und waren dringend auf Unterstützung angewiesen. Die Dorfgemeinschaften sorgten dafür, dass sie zunächst in Quarantäne gingen, um das Virus nicht zu verbreiten.

Die Feldarbeit wurde stillschweigend fortgesetzt. Viele Santal haben aus der Pandemie die Lehre gezogen, dass die Landwirt-

schaft letztlich den sichersten Lebensunterhalt bietet. Auch wenn andere Bereiche lahm liegen, geht es dort weiter.

Die Jagd gehört ebenfalls zu unserer traditionellen Lebensweise. Medienberichten zufolge wurden während des Lockdowns doppelt so viele Wildtiere geschossen wie sonst, darunter Vögel, Mäuse, Wildschweine und andere. Da die Schulen geschlossen waren, kamen auch viele Kinder mit auf die Jagd.



BORO BASKI
arbeitet für die
Gemeindeorganisation
**Ghosaldanga Adibasi Seva
Sangha in Westbengalen.** Die
Nichtregierungsorganisation wird vom
Freundeskreis Ghosaldanga und Bishnubati
unterstützt. Er hat als erstes aus seinem Dorf
eine Hochschule besucht und ist der erste mit
einem Doktortitel (in sozialer Arbeit).
borobaski@gmail.com

23. OKTOBER 2020

Concepción im Lockdown

Chile leidet stark unter Corona. Concepción, die drittgrößte Stadt des Landes, steht seit dem 11. September unter Quarantäne, und auch für viele weitere Städte, Stadtteile und Ortschaften wurden Ausgangsbeschränkungen erlassen. Das wirft unter anderem die Frage auf, wie unter diesen Umständen das Verfassungsreferendum abgehalten werden soll.

Von Javier A. Cisterna Figueroa

Concepción ist rund 500 Kilometer von der Hauptstadt Santiago entfernt und die wichtigste Stadt im Süden des Landes. Sie liegt am Fluss Biobío, der die Grenze zu den Indigenengebieten der Mapuche bildet, und hat sowohl große strategische als auch symbolische Bedeutung; sie gilt als Gegenpol zu Santiago.

Die politischen und sonstigen Differenzen zwischen den beiden Metropolen sind vermutlich der Grund dafür, dass das Gesundheitsministerium Concepción unter Quarantäne gestellt hat, die Menschen also ihre Häuser nur noch aus triftigen Gründen verlassen dürfen. Das glauben jedenfalls die Bewohner, die das Vertrauen in die Verantwortlichen in der Regierung komplett verloren haben.

Im Juni ging der Bürgermeister von Recoleta, der der Opposition angehört, gerichtlich gegen Präsident Sebastián Piñera und den damaligen Gesundheitsminister Jaime Mañalich vor, der für den Umgang mit der Pandemie verantwortlich war. Im Zuge der Ermittlungen wurde vor kurzem bekannt, dass das Gesundheitsministerium versucht hat, die offiziellen Covid-19-Todeszahlen zu manipulieren.



Kurz vor dem Nationalfeiertag am 18. September erlaubte der neue Gesundheitsminister Enrique Paris Feiern im Familienkreis. Der Bürgermeister von Concepción, selbst Regierungsbeamter, kritisierte das öffentlich mit dem Hinweis darauf, dass die Erlaubnis dem allgemeinen Aufruf zur Isolation zuwiderlaufe. Nach heftigen Diskussionen in den Medien wurde die Erlaubnis zurückgezogen. Die Beziehungen waren danach noch zerrütteter.

Es ist in Concepción wie auch im ganzen Land schwierig, die Covid-19-Richtlinien zu befolgen. Politische Streitereien, gesellschaftliche Spannungen und unklare Kommunikation haben zu der beunruhigenden Lage in Chile beigetragen: Das Land mit 19 Millionen Einwohnern hat rund 17500 Todesfälle im Zusammenhang mit der Pandemie registriert.

Wo heute Ausgangsbeschränkungen herrschen, fanden vor einem Jahr Massendemonstrationen statt. Sie begannen im Oktober 2019 in Santiago aus Protest gegen die Erhöhung der Preise für U-Bahn-Tickets und endeten in einem Volksaufstand im ganzen Land, in Gewalt



Feiern zum
Nationalfeiertag in
einem chilenischen
Seniorenheim.

und Menschenrechtsverletzungen (siehe Katie Cashman im E+Z/D+C e-Paper 2020/01, Debatte).

Dieser gesellschaftliche Aufstand zwang die Regierenden dazu, den Weg für eine neue Verfassung frei zu machen, die noch ein Erbe der Diktatur von Augusto Pinochet ist. Am 25. Oktober findet eine Volksabstimmung zu der Frage statt, ob eine neue Verfassung ausgearbeitet werden soll.

Die Umfragen deuten auf breite Zustimmung hin. Zweifel bestehen aber hinsichtlich der Wahlbeteiligung. Die Wahlbehörde hat zwar Richtlinien aufgestellt, um die Abstimmenden zu schützen. Doch viele Menschen fürchten sich vor Menschenansammlungen, in denen sie sich anstecken könnten. In Concepción fragen sie sich zudem, ob die Quarantäne-Bestimmungen vor dem Referendum aufgehoben werden – oder ob es unter

den aktuellen Beschränkungen durchgeführt werden soll. Letzteres könnte die demokratische Legitimität in Frage stellen.



JAVIER A. CISTERNA
FIGUEROA
ist Journalist und lebt in
Concepción.

cisternafigueroa@gmail.com

18. OKTOBER 2020

Alte Muster, neue Inhalte

Falschnachrichten im arabischen Raum im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie wie „Von Covid-19 Geheilte treten zum Islam über“ oder „Muslime sind immun“ vermischen sich mit jahrzehntealten Verschwörungstheorien. Das Misstrauen gegenüber staatlichen Stellen spielt dabei eine große Rolle.

Von Mona Naggar

Auf Facebook verbreitete sich die Geschichte einer japanischen Familie, die zum Islam übergetreten sein soll, nachdem sie von Corona geheilt wurde. Ein Bild zeigte einen asiatisch aussehenden Mann mit drei Kindern. Doch die Factchecking-Plattform Fatabyyano fand heraus, dass es sich um eine Falschnachricht handelte: Der Mann ist zwar tatsächlich zum Islam übergetreten, allerdings vor mehr als 20 Jahren. Und das Bild ist fünf Jahre alt.

Noch populärer im arabischsprachigen Netz war ein Video mit einem ähnlichen Inhalt: Eine chinesische Frau soll wegen Corona zum Islam übergetreten sein. Im Video sagt sie vor einem islamischen Würdenträger das Glaubensbekenntnis auf. Die Factchecker stellten fest, dass auch diese Frau lange vor Ausbruch der Pandemie zum Islam übergetreten ist.

Die Beispiele zeigen, wie Ereignisse rund um Covid-19 im arabischen Raum mit altbekannten Mustern verbunden werden. Dazu gehört die Überzeugung von der Überlegenheit der eigenen Religion und die Bestätigung dieser Überlegenheit beispielswei-

se durch Übertritte zum Islam. In die gleiche Richtung gehen Falschnachrichten, die zu Beginn der Coronakrise verbreitet waren, etwa, dass das Virus nur Nichtmuslime treffe oder dass es ausgebrochen sei, um China für sein repressives Vorgehen gegen die muslimische uigurische Minderheit zu bestrafen.

Ein Video, das vor allem in WhatsApp Gruppen kursierte, sollte belegen, dass viele Italiener zum Islam übergetreten seien, nachdem der italienische Ministerpräsident zugegeben habe, die Kontrolle über die Krankheit verloren zu haben. Aber auch in kleinen Gemeinschaften ist dieses Muster verbreitet, zum Beispiel in palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon. Zu Beginn der Pandemie waren Nachrichten in Umlauf, die behaupteten, dass die Campbe-

wohner von der Infektion geschützt seien, weil sie moralisch überlegen seien.

Einige Fake News haben ihren Ursprung in Europa und wandern dann ins arabischsprachige Netz – etwa über die Wirkung des Medikaments Chloroquin, die Rolle von Bill Gates oder die angeblichen negativen Auswirkungen des 5G-Mobilfunks beim Ausbruch von Corona.

Laut dem Factchecker Moustafa Elsayed von der Plattform Fatabyyano sind es in erster Linie Privatpersonen, die diese Falschnachrichten fabrizieren und verbreiten. Viele wollten dadurch bekannt werden, hätten kein Vertrauen in internationale Organisationen und ihre Regierungen und bewegten sich in digitalen Blasen. Sogar Menschen im Gesundheitswesen seien darunter: Sie verstünden wissenschaftliche Studien falsch, gingen unkritisch damit um oder würden von der Theorie geleitet, dass die reiche Welt einen Feldzug gegen die Armen führe und Corona ein Mittel dafür sei.

Viele Menschen suchen nach Erklärungen für die dauerhaft desolate Lage der

The screenshot shows a man with glasses and a grey jacket standing next to two young boys. The man is smiling. The website's header is visible at the top left, featuring Arabic and English text. Below the image, there is a caption in Arabic.

الرئيسية  من نحن  التصنيفات  الفيديوهات  تواصل معنا  أخبار فتابينوا  زائف 

Die Plattform Fatabyyano deckt Falschnachrichten auf.

arabischen Welt. Verschwörungstheorien bieten einfache Erklärungsmuster. So ist die Annahme sehr verbreitet, dass die ganze Welt den Islam und die arabische Welt bekämpfe. Je nach Standpunkt des Betrachters variiert der Feind.

Verschwörungstheorien werden auch auf einzelne Länder heruntergebrochen oder auf Religionsgruppen oder andere Gemeinschaften in einzelnen Ländern, zum Beispiel im Libanon. Als Corona-Infektionen zunächst in vorwiegend

von Christen bewohnten Gebieten auftraten sowie in einer Stadt im marginalisierten Osten des Landes, kursierten schnell Falschnachrichten, dass Angehörige anderer religiöser Gruppen die Infektionen bewusst gestreut hätten, um den Christen beziehungsweise den Bewohnern der Stadt zu schaden.

Das Phänomen der Verschwörungstheorien und Falschnachrichten im arabischen Raum ist eng verbunden mit der sehr eingeschränkten Pressefreiheit und der

Informationspolitik der Regierungen. Das Misstrauen vieler Menschen gegenüber ihren Regierungen beruht auf jahrzehntelangen bitteren Erfahrungen. Warum sollten sie ausgerechnet jetzt, in Corona-Zeiten, den offiziellen Stellen trauen?



MONA NAGGAR
ist Journalistin und Trainerin.
Sie lebt in Beirut, Libanon.
mona.naggar@googlemail.com

30. SEPTEMBER 2020

Sauberer Wasser im Kampf gegen Corona

In Simbabwe herrscht eine Wasserkrise aufgrund der schlechten Infrastruktur und der Auswirkungen des Klimawandels. Das macht es schwieriger, die Ausbreitung des Coronavirus zu verhindern, da die Menschen nicht genug sauberes Wasser haben, um sich die Hände zu waschen. Dank nichtstaatlicher Akteure stehen in Mbare, einem dicht besiedelten Vorort der Hauptstadt Harare, Handwaschstationen zur Verfügung.

Von Farai Shawn Matiashe

Es gibt etwa 60 solcher Stationen, und jede verfügt über einen 200-Liter-Tank. Das Wasser wird mit Reinigungsmitteln gemischt. Zweimal täglich wird frisches Wasser zu den Stationen gebracht.

Die Handwaschstationen wurden im Rahmen eines WASH-Projekts zur Covid-19-Bekämpfung eingerichtet. Das Akronym WASH steht für „Wasser, sanitäre Einrichtungen und Hygiene“ (water, sanitation and hygiene). Die Nichtregierungsorganisation GOAL Simbabwe rief das Projekt in Zusammenarbeit mit anderen NGOs im Juni ins Leben. Unterstützung kommt vom UN-Kinderhilfswerk (UNICEF).

WASH-Projektleiter von GOAL Simbabwe, Patrick Mirirayi, sagt, dass etwa 30 000 Menschen pro Woche die Stationen



mit großer Begeisterung nutzen. Relevante Interessenvertreter, darunter die Seifenlieferanten, Wasserversorger und die Techniker der Handwaschstationen, schätzten die Initiative.

Gabriella Prandini, Landesdirektorin von GOAL Simbabwe, erklärt, sie wolle 360 000 Menschen in Mbare erreichen. Harare hat die höchste Zahl von Covid-19-Fällen im Land, und die Wasserversorgung ist besonders schlecht. Prandini sagt, dass Einrichtungen zum Händewaschen dringend benötigt werden.

Das Händewaschen ist im Kampf gegen die Coronavirus-Pandemie von entscheidender Bedeutung. Die meisten Simbabwer können sich jedoch nicht einmal Seife leisten. Auch der Preis für Handdesin-

fektionsmittel übersteigt das Budget vieler Familien.

In Simbabwe ist Covid-19 nur eine weitere Krise, die bereits bestehende verstärkt. Die Einkommen sind durch die Hyperinflation in den Keller gefallen. Durch die Klimakrise steht immer weniger Wasser zur Verfügung. Hinzu kommt, dass die Stadt Harare nicht in der Lage ist, ihre 2 Millionen Einwohner mit Wasser zu versorgen, was nicht nur auf die seit Jahren andauernde Dürre zurückzuführen ist, sondern auch auf die schlechte Infrastruktur. Der Wasserstand des Chivero-Sees, der Hauptwasserquelle der Hauptstadt, ist sehr niedrig.

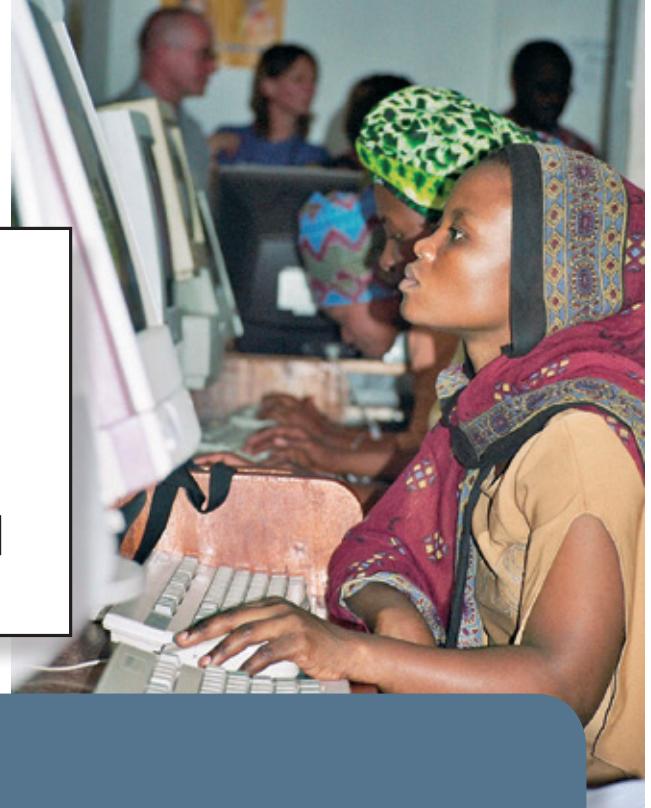
Die meisten Einwohner von Harare holen sich das kostbare Nass aus offenen Brunnen in den Feuchtgebieten. Andere sind auf die wenigen vorhandenen Gemeinschaftsbrunnen angewiesen. Dort besteht die Gefahr, dass sie sich aufgrund der vielen Menschen, die dort Wasser holen, mit Corona infizieren. In einigen Vorstädten beliefern private Unternehmen mit Lkw Haushalte mit Wasser und kassieren dafür ordentlich ab. Das Auffüllen eines 5000-Liter-Tanks kostet in Simbabwe etwa 40 Dollar. Das übersteigt bei weitem die finanziellen Möglichkeiten vieler Einwohner.

Der Direktor des Harare Residents' Trust, Precious Shumba, sagt, das WASH-Projekt der NGO sei sehr willkommen. Es müsse aber noch viel mehr geschehen. Die Stadt Harare braucht seiner Meinung nach eine langfristige Lösung für die Wasserkrise.



FARAI SHAWN MATIASHE
ist ein Journalist aus Mutare,
Simbabwe.
matiashefarai@gmail.com
Twitter @ZuzeShawn

**Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu**



X - +

◀ www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Suche

TRADITIONELLE NUTZPFLANZEN

Unterricht im Lehrgarten ■

TOP THEMA

Aktuelles e-Paper

E+Z

Gesunde Ernährung

Gratis PDF-Download

UNSERE SICHT

26.10.2020 – VON SABINE BIRK

Aufklärung tut not

Es fällt in allen Weltregionen an

BLOG

26.10.2020 – VON KATIE LEMBOURG

Attempting to entrench minority rule in the USA

DOSSIER DES MONATS

AI Adobe Illustrator ... Ps website-english... Excel Word Facebook Posteingang - Jan... Google E+Z - Entwicklung... Flickr FZ Microsoft Word FARMPOI Desktop...